

„Massen feiern die Verfassung“¹

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in der Oberpfalz und sein Einsatz für die Weimarer Republik (1924–1932)

von Manfred Krapf

Einleitung

Die Weimarer Republik (1918–1933) war seit ihrer Existenz mit dem Schlagwort einer „Republik ohne Republikaner“ abgewertet worden.² Der vorliegende Beitrag greift ausgehend von neuen Ansätzen der Weimarforschung³ das weniger bekannte Thema von Unterstützern und Verteidigern der ersten deutschen Republik auf. Neuere Perspektiven betonen eine historische „Offenheit der Weimarer Republik“ und setzen sich mit „neuen Fragen“ auseinander. Die Beschäftigung mit der republikanischen Bewegung Weimars kann ebenso durch aktuelle Erscheinungen einer die Demokratie bedrohenden (rechts)populistischen Bewegung motiviert werden. Ohne unsere Gegenwart mit „Weimar“ gleichzusetzen, erinnert uns die erste deutsche Republik „daran, wie konfliktreich und ambivalent die moderne Gesellschaft und wie zerbrechlich die Demokratie ist“⁴. Eine „neue politische Unübersichtlichkeit, die Erosion der Volksparteien und der Aufstieg einer neuen rechtspopulistischen Bewegung“ scheinen als Phänomene durchaus der Weimarer Republik wieder näherzukommen. Andreas Wirsching betont eine notwendige Wachsamkeit, denn „die Freiheit als die wichtigste Frucht der Demokratie ist ein viel zu kostbares Gut, als das wir es uns leisten könnten, nicht ausreichend wachsam zu sein“⁵. Politische Vernunft sei „das probateste Mittel, um den Gefährdungen der Demokratie zu begegnen“, erfordere aber „eine historisch sachkundige Bestandsaufnahme“. Erstaunlich sei, dass

1 Volkswacht für Oberpfalz und Niederbayern v. 12.8.1929: Verfassungsfeier in Regensburg.

2 Vgl. dazu knapp Nadine ROSSOL, Republikanische Gruppen, Ideen und Identitäten, in: Nadine ROSSOL – Benjamin ZIEMANN (Hg.), Aufbruch und Abgründe. Das Handbuch der Weimarer Republik, Darmstadt 2021, S. 309–337, hier S. 309 f.

3 Vgl. zur neueren Weimarforschung Dirk SCHUMANN, Berlin ist nicht Weimar: Die Weimarer Republik und ihre politische Kultur, in: Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen 2016, S. 102–121, hier S. 102–104; Ursula BÜTTNER, Ausgeforscht? Die Weimarer Republik als Gegenstand historischer Forschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18–20 (2018) S. 19–26; Björn HOFMEISTER, Kultur- und Sozialgeschichte der Politik in der Weimarer Republik 1918 bis 1933, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010) S. 445–502, hier S. 446 („Offenheit“) und Benjamin ZIEMANN, Veteranen der Republik. Kriegererinnerung und demokratische Politik 1918–1933, Bonn 2014, S. 12 („Fragen“).

4 Nadine ROSSOL – Benjamin ZIEMANN, Einleitung, in: DIES. (Hg.), Aufbruch und Abgründe. Das Handbuch der Weimarer Republik, Darmstadt 2021, S. 9–37, hier S. 9 u. SCHUMANN, Berlin (wie Anm. 3) S. 102 („Erosion“).

5 Andreas WIRSCHING, Appell an die Vernunft, in: Andreas WIRSCHING – Berthold KOHLER – Ulrich WILHELM (Hg.), Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie, Stuttgart 2018, S. 9–21, hier S. 20 u. ebenda („Mittel“), S. 9 („Bestandsaufnahme“).

das „Ausmaß der Unterstützung der Republik immer noch in vielen Büchern über Deutschlands erste Demokratie ausgeklammert bleibt“⁶. Erst neuere Forschungen zur politischen Kultur Weimars haben den Fokus auf die Massenorganisationen gerichtet und „Weimars Republikaner als wichtige Kraft in der politischen Landschaft der Republik“ wiederentdeckt. Seit 1924 hat das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit viel Engagement versucht, die Weimarer Verfassung mit visuellen und emotionalen Inhalten „in den entlegensten Winkeln des Reichs zu bringen“⁷. Die Installation des 11. August als Nationalfeiertag, also jener Tag, an dem Reichspräsident Friedrich Ebert die neue Weimarer Verfassung unterzeichnet hatte, war nicht durchsetzbar. Der vorliegende Beitrag strebt in einem ersten Überblick an, die Ausbreitung des Reichsbanners in dem schwierigen Gebiet der Oberpfalz herauszuarbeiten.

Als Quellen⁸ werden Tageszeitungen herangezogen wie der katholisch-konservative „Regensburger Anzeiger“, die sozialdemokratische „Volkswacht für Oberpfalz und Niederbayern“ (zukünftig: Volkswacht), die am ausführlichsten über das Reichsbanner berichtete und der liberale „Weidener Anzeiger“. Viele Hinweise fanden sich im Verbandsorgan „Das Reichsbanner“ und seinen geographischen Gaubeilagen, wobei für die Oberpfalz und Niederbayern seit September 1928 eine Gaubeilage eröffnet worden war. Nur punktuell ergänzen staatliche und kommunale archivalische Quellen wie die Halbmonatsberichte des Regierungspräsidenten der Oberpfalz, Berichte von Bezirksämtern, kommunalen Polizeibehörden und des Staatspolizeiamtes Nürnberg-Fürth unsere Quellenbasis. Die letztgenannten Quellen der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth sind kritisch zu handhaben, denn „angesichts der offensichtlich rechtsradikalen Einstellung der Berichterstatte“⁹ ist ihre Glaubwürdigkeit nicht gegeben. Hier amtierte der „der NSDAP nahestehende Leiter der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Heinrich Gareis“. Die politische Abteilung der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth war „einseitig auf den Kampf gegen die Linksbewegung ausgerichtet“ und verfügte über viele Kontakte weit in die NS-Bewegung.

6 ROSSOL, Republikanische (wie Anm. 2) S. 309 u. S. 310 („Kraft“).

7 Benjamin ZIEMANN, Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924–1933, Bonn 2011, S. 55; einen Vergleich des Reichsbanners in der Oberpfalz mit anderen Regionen können wir hier nicht leisten, vgl. nur zu Sachsen: Carsten VOIGT, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Sachsen 1924 bis 1933, S. 145–157 (file:///C:/Users/makra/Downloads/carsten_voigt.pdf).

8 Vgl. Andreas JOBST, Regensburger Anzeiger/Bayerischer Anzeiger, publiziert am 11.05.2006; in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Regensburger_Anzeiger/Bayer-ischer_Anzeiger> (31.08.2023); zu „Das Reichsbanner“: <https://www.reichsbanner-geschichte.de/zeitungen>.

9 Sebastian ELSBACH, Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Republikschutz und politische Gewalt in der Weimarer Republik, Stuttgart 2019, S. 120, Anm. 30; Karl ROHE, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der organisierten Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966, S. 33 Anm. 1 („nahestehende“); Martin FAATZ, Vom Staatsschutz zum Gestapoteror: Politische Polizei in Bayern in der Endphase der Weimarer Republik und der Anfangsphase der nationalsozialistischen Diktatur, Würzburg 1995, S. 135 („einseitig“); neuestens Marc SEELIGER, Die Wächter des Freistaats in Nordbayern? Die Entwicklung der Politischen Polizei von der „Polizeiabteilung des Staatsministeriums des Innern in Bamberg“ zum „Staatspolizeiamt Nürnberg-Fürth“ 1919–1923, in: Verena JESCHKE – Martin OTT (Hg.), Umbruch und Wandel. Oberfranken nach dem Ersten Weltkrieg, Thurnau 2022, S. 43–56.

Zur Geschichte des Wehrverbandes „Reichsbanner“ in der Weimarer Republik (1924–1933)

Republikaner und ihre Organisationen wie das Reichsbanner waren nicht in der Minderheit, sondern sie hatten „eine deutliche Präsenz in der politischen Landschaft der 1920er und 1930er Jahre“¹⁰. Eine herausragende Stellung nahm das als „Bund republikanischer Kriegsteilnehmer“ gegründete *Reichsbanner* ein. Dessen Vorläuferorganisationen waren der in Berlin errichtete *Republikanische Führerbund* (1919–1922) und der *Republikanische Reichsbund* (1921–1933). Der Republikanische Reichsbund wies zwischen 20.000 und 100.000 Mitglieder auf und war offen für Männer, Frauen (!) und Jugendliche. Er organisierte Feste, Wahlkampfhilfe für die demokratischen Parteien und war in der Bildungsarbeit aktiv. Politisch reichte er von den pazifistischen Linken, eher moderaten Sozialdemokraten bis zu den Linksliberalen der DDP (= Deutsche Demokratische Partei) und dem Bayerischen Bauernbund, aber das Zentrum fehlte fast vollständig. Die Mehrheit gehörte der Sozialdemokratie an.

Die Gründung des Reichsbanners im Februar 1924 in Magdeburg durch Vertreter der drei „Weimarer Parteien“ SPD, Zentrum und DDP war vor allem eine Folge des Hitler-Putsches vom November 1923 in München.¹¹ Der neue Wehrverband entwickelte sich „zur wichtigsten republikanischen Organisation der Weimarer Jahre“ und einer ihrer „wichtigsten organisatorischen Erfolgsgeschichten“, die im Übrigen selbst die Nationalsozialisten nicht wiederholen konnten. Seine „geradezu fulminante Ausbreitung“ über das gesamte Reichsgebiet in den ersten beiden Jahren 1924/25 gehört somit „zu den erstaunlichsten Phänomenen der politischen Geschichte“ der ersten deutschen Republik. Es bleibt im Rückblick bemerkenswert, „mit welcher Geschwindigkeit sich das in Magdeburg am 22. Februar 1924 gegründete Reichsbanner in beinahe allen Regionen des Reichs ausbreitete“.

Das Reichsbanner als ein politischer Verband und eine paramilitärische Organisation strebte unabhängig von der Parteizugehörigkeit an, alle Männer zusammenzufassen, die die Republik unterstützten.¹² Es verstand sich „als Schutztruppe für die junge Demokratie“ und wollte „für die Republik das Volk erobern.“ Durch sein Eintreten für demokratische Parteien bei den Wahlkämpfen, in erster Linie für die SPD, verschärfte sich die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, der aus Sicht des Reichsbanners zum „Hauptfeind der Republik“¹³ bereits vor 1932 aufgestiegen war.

¹⁰ So ROSSOL – ZIEMANN, Einleitung (wie Anm. 4) S. 24; zu den Vorläufern ELSBACH, Reichsbanner (wie Anm. 9) S. 67–70, 80–84, ROSSOL, Republikanische (wie Anm. 2) S. 314 f.

¹¹ Vgl. ROHE, Reichsbanner (wie Anm. 9) S. 42 und die folgenden Zitate: ROSSOL, Republikanische (wie Anm. 2) S. 315, ZIEMANN, Veteranen (wie Anm. 3) S. 79; Marcel BÖHLES, Im Gleichschritt für die Republik. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Südwesten, 1924 bis 1933, Essen 2016, S. 39; ZIEMANN, Zukunft (wie Anm. 7) S. 16 („Geschwindigkeit“).

¹² Vgl. Benjamin ZIEMANN, Republikanische Kriegserinnerung in einer polarisierten Öffentlichkeit. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Veteranenverband der sozialistischen Arbeiterschaft, in: Historische Zeitschrift 267 (1998) S. 357–398, hier S. 367; zum Folgenden: Nadine ROSSOL, Weltkrieg und Verfassung als Gründungserzählungen der Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50–51 (2008) S. 13–18, hier S. 14 („Schutztruppe“); Das Reichsbanner v. 1.1.1925 („erobern“); Der Gründungsauf-ruf 1924, in: Das Reichsbanner v. 15.4.1924.

¹³ ROSSOL, Republikanische (wie Anm. 2) S. 324; Sebastian ELSBACH, Eiserne Front. Abwehrbündnis gegen rechts 1931 bis 1933, Wiesbaden 2022, S. 46–48 (gegen Stahlhelm) u. S. 49 f. (gegen die Nationalsozialisten); ZIEMANN, Kriegserinnerung (wie Anm. 12) S. 388 (Zitat); zum Stahlhelm: Gerhard TADDEY (Hg.) Lexikon der deutschen Geschichte. Ereignisse, Institutionen, Personen. Von den Anfängen bis zu Kapitulation 1943, Stuttgart ³1998, S. 1205.

Daneben wurden die völkischen Verbände, vor allem der am 13. November 1918 in Magdeburg gegründete Wehrverband Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, bekämpft. Dieser propagierte eine nationalistische, antidemokratische und antirepublikanische Politik einschließlich einer aggressiven Außenpolitik. Das Reichsbanner wandte sich hingegen gegen „die Verherrlichung des Krieges [...] Kriegshetze, die Militarisierung des geistigen und gesellschaftlichen Lebens und eine aggressive Außenpolitik“.

Zwar war das Reichsbanner offiziell eine überparteiliche Vereinigung, aber „in der Praxis doch eine sozialdemokratische Vorfeldorganisation“¹⁴ und annähernd 90 Prozent waren entweder sozialdemokratische Mitglieder, Anhänger, Wähler oder Sympathisanten. Als „tragende Schicht“ fungierte die „Arbeiterschaft“. Sebastian Elsbach, der von rund 1,5 Mio. Mitgliedern um 1930 ausgeht, verankert das Reichsbanner aber nicht sozialistisch und verweist auf Linksliberale und Zentrums политики zumindest in den Führungsgremien. Gegen die These der „Sozialdemokratisierung“ des Reichsbanners sprachen nach Elsbach die jährlichen Verfassungsfeiern und ihre Reden bzw. Redner. Es habe eine „ambivalente Haltung der SPD gegenüber dem Reichsbanner“ bestanden, wobei der linke Flügel kritisch blieb, der rechte dagegen sich leidenschaftlich dafür engagierte. Das Reichsbanner stand als „Bollwerk gegen den Kommunismus“, denn die Kommunisten lehnten bekanntlich die Weimarer Republik ab. Ungachtet offizieller Angaben lag seine Mitgliederzahl 1925 wohl unter einer Million. Anfangs stellten ehemalige Kriegsteilnehmer 90 % der Mitglieder und jeder Deutsche konnte beitreten, der auf dem Boden der Weimarer Verfassung stand. Bauern und der Mittelstand blieben weitgehend außen vor wie das liberale Bürgertum. Frauen waren ausgeschlossen.

Der an die SPD angelehnte Aufbau des Reichsbanners unterschied nach Gauen, die sich in Kreise, Bezirke und Ortsvereine bzw. Ortsgruppen („politisch“) weiter differenzierten. Innerhalb der Gaue gliederte man organisatorisch-technisch („militärisch“) für die Auftritte nach Kreisen, Bezirken, Abteilungen, Kameradschaften (= Grundeinheit), Zügen und Gruppen, letztere umfassten acht Männer.¹⁵ Es gab 31 Gaue, davon drei in Bayern: Franken (Nürnberg), Oberbayern-Schwaben (München), Oberpfalz und Niederbayern (Regensburg). Bei seinen zumeist mit schwarz-rot-goldenen Farben umrahmten Auftritten orientierte sich das Reichsbanner am militärischen Vorbild und geschlossenen Formationen. Der Vorwurf, es habe zu einer Militarisierung des politischen Lebens beigetragen, wird zurückgewiesen, denn man wollte die eigene Stärke demonstrieren und zugleich durch „ein diszipliniertes und geschlossenes Auftreten in der Öffentlichkeit“ an Vorstellungen aus der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung vor 1914 anknüpfen.

Nach 1930 nahmen die innenpolitischen Auseinandersetzungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Reichsbanner zu. Nach den desaströsen Reichstagswahlen vom September 1930 mit dem enormen Zuwachs der NSDAP wurden sog. Schutzformationen (Schufo) aufgestellt, die als die leistungsfähigsten jüngeren Mitglieder

14 VOIGT, Reichsbanner (wie Anm. 7) S. 152 u. ähnlich ZIEMANN, Kriegserinnerung (wie Anm. 12) S. 367; zum Folgenden mit den Zitaten: ROHE, Reichsbanner (wie Anm. 9) S. 272 („tragende“), ELKBACH, Reichsbanner (wie Anm. 9) S. 147 („Sozialdemokratisierung“), S. 297 („Haltung“), S. 296 („Bollwerk“) u. zur Mitgliederstruktur: Ziemann, Zukunft (wie Anm. 7) S. 17–19.

15 Vgl. zum Folgenden: ELKBACH, Reichsbanner (wie Anm. 9) S. 116 Anm. 12; DERS., Front (wie Anm. 13) S. 56 f.; ZIEMANN, Zukunft (wie Anm. 7) S. 51 („diszipliniertes“), Günther GERSTENBERG, Freiheit! Sozialdemokratischer Selbstschutz im München der zwanziger und frühen dreißiger Jahre. 1. Band: Texte, Andechs 1997, S. 350 (Schufo).

unter 40 Jahren nicht nur als Saalschutz dienen sollten und deren Bekleidung aus einer blauen Mütze, Grünhemd, Schulterriemen und schwarzer Breecheshose bestand. Inwieweit die Gründung der sog. Harzburger Front, einem vorübergehenden, rechtsradikalen Zusammenschluss aus DNVP (= Deutschnationaler Volkspartei), dem Wehrverband Stahlhelm, der NSDAP, dem Reichslandbund der Agrarier und dem Alldeutschen Verband im Oktober 1931 zur Installierung der Eisernen Front führte, ist umstritten. Stephan Elsbach verweist auf interne und tiefere „Ursachen für diese Neuaufstellung im zusammengeschrunpften demokratischen Lager“¹⁶ und bezieht die Ablösung des bisherigen Bundesvorsitzenden des Reichsbanners Otto Hörsing durch Karl Höltermann im Juni 1932 mit ein. Es sei um die Überparteilichkeit der Eisernen Front gegangen, die Hörsing breiter mit bürgerlichen Mitgliedern ausbauen wollte. Dies unterstützten die SPD-Spitze und die Gewerkschaftsführung nicht, denn Höltermann sah in der Eisernen Front einen rein sozialdemokratischen Zusammenschluss. Die am 16. Dezember 1931 ins Leben gerufene neue prorepublikanische Dachorganisation verfügte über keinen eigenen organisatorischen Unterbau, setzte sich aus der SPD, dem Reichsbanner, den Arbeiterturn- und Sportverbänden und den Freien Gewerkschaften zusammen ohne das Zentrum, den christlichen Gewerkschaften und den Linksliberalen. Die *Eiserne Front* trat vor allem bei den zahlreichen Wahlen 1932 in Erscheinung, wie wir unten zur Oberpfalz zeigen werden.

Vorwürfe gegen das Reichsbanner in der Endphase Weimars betrafen dessen vermeintliche Passivität beim sog. Preußenschlag, d.h. der Absetzung der preußischen Regierung im Juli 1932 aufgrund einer Notverordnung des Reichspräsidenten Hindenburg. In Preußen hatte die bisherige Regierung aus SPD, Zentrum und DDP bei der Landtagswahl im April 1932 ihre Mehrheit verloren und eine neue Regierung war kaum zu bilden. Ein Aufstand, eine bewaffnete Verteidigung der Republik mit bürgerkriegsartigen Kämpfen oder ein Generalstreik verkannten aber „den eigentlichen Charakter des Reichsbanners als Republikschutzorganisation und Wehrverband“¹⁷, denn prinzipiell war die „Grundtendenz der Reichsbannerarbeit defensiv“ und man hielt am „Legalitätskurs“ fest.

Zur Geschichte des Reichsbanners in Bayern (1924–1932)

Die Gründung des republikanischen Reichsbanners 1924 fiel in Bayern in die sich allmählich abschwächende konfliktreiche Phase der sog. rechten Ordnungszelle, für die vor allem der Name Gustav von Kahr¹⁸ stand.

Gustav Ritter von Kahr (1862–1934) war nach seinem Jurastudium im bayerischen Verwaltungsdienst tätig und seit 1917 Regierungspräsident von Oberbayern: Nach dem Kapp-Putsch im März 1920 wurde er Ministerpräsident in Bayern und stützte sich vor allem auf die Einwohnerwehren. Im September 1921 trat er nach

16 Neuestens ELSBACH, Front (wie Anm. 13) S. 84 u. S. 79–92.

17 ELSBACH, Reichsbanner (wie Anm. 9) S. 498 u. S. 309 („defensiv“); DERS., Front (wie Anm. 13) S. 14; ZIEMANN, Zukunft (wie Anm. 7) S. 66 („Legalitätskurs“) u. Rohe, Reichsbanner (wie Anm. 9) S. 426–430 mit Hinweisen auf eine stärkere Widerstandsbereitschaft an einigen Orten, allerdings fehlen Quellen.

18 Vgl. TADDEY, Lexikon (wie Anm. 13) S. 633 u. das nächste Zitat bei Hans HINTERBERGER, Unpolitische Politiker? Die bayerischen „Beamtenministerpräsidenten“ 1920–1924 und ihre Mitverantwortung am Hitlerputsch, Diss. Regensburg 2016, S. 212 („wohlige“).

Auseinandersetzungen mit der Reichsregierung um die Einwohnerwehren zurück und wurde erneut Regierungspräsident. Am Höhepunkt des Krisenjahres am 26. September 1923 wurde er von der Regierung Knilling als Generalstaatskommissar eingesetzt und geriet wiederum in Konflikt mit der Reichsregierung. Am Hitler-Putsch nahm er schließlich nicht teil und am 18. Februar 1924 trat er zurück. Von 1924 bis 1927 war er Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes. Im Kontext des sog. Röhm-Putsches wurde er am 30. Juni 1934 ermordet.

Kahrs gegen Berlin gerichtete Politik ermöglichte zugleich eine „wohlige Kinderstube des Nationalsozialismus“ in Bayern und stellte sich fundamental gegen die neue republikanische Verfassungsordnung. Vor diesem Hintergrund spielte Bayern „in der Geschichte des Reichsbanners eine Sonderrolle“¹⁹, denn die bayerische Regierung verfolgte diesen Verband „mit unverhohlener Feindschaft“ und sah in ihm „einen marxistischen Gottseeibeins“. Vor dessen Gründung war in München von der SPD am 10. November 1921 ein Saalschutz unter der Bezeichnung SA (Sicherheitsabteilungen) ins Leben gerufen worden. Seit 1921 existierte infolge des Attentats auf den bayerischen SPD-Vorsitzenden Erhard Auer von 1919 die sog. Auergarde als ein sozialdemokratischer Versammlungsschutz gegen die rechte Gewalt. Anfang 1924 wurde diese in das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ eingegliedert. Sozialdemokratische Ordnungsdienste zum Schutz der Einrichtungen der Arbeiterschaft gab es in Nürnberg, Schwandorf, Regensburg²⁰ und Amberg. In den monoindustriellen Industriestädten in der Oberpfalz wie Sulzbach, Amberg und Burglengenfeld organisierten kommunistisch geführte Betriebswehren den lokalen Selbstschutz, denen sich die SPD anschloss.

Die offizielle Gründung des Reichsbanners erfolgte in Nürnberg am 29. Juni und in München am 7. Juli 1924. In den nächsten Jahren wurde das Reichsbanner immer wieder mit Verboten behindert. Im Jahre 1927 erzeugte das Verbot des „Südbayerischen republikanischen Tags“²¹ am 29. Mai in München durch den bayerischen Innenminister Stützel hohe Wellen. Im Vorfeld war es zu einem tödlichen Zusammenstoß zwischen zwei Männern gekommen war, wobei das Opfer der NS-Bewegung angehörte, aber keine Hinweise auf eine Verwicklung des Reichsbanners in den Vorfall bestanden.

Nunmehr rücken wir die eher abseitsgelegene Oberpfalz in den Mittelpunkt, wo ungeachtet antirepublikanischer Widerstände die Republik- und Verfassungsfreunde Fuß fassten.

¹⁹ Günther GERSTENBERG, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, 1924–1933, publiziert am 13.07.2006; in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Reichsbanner_Schwarz-Rot-Gold,_1924-1933> (20.07.2022); GERSTENBERG, Freiheit (wie Anm. 15) S. 217 („unverhohlener“, „marxistischen“), S. 125 (zum Saalschutz in München); zur Auergarde: Robert HOFMANN, Auergarde, 1919–1924, publiziert am 11.05.2006; in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Auergarde,_1919-1924 (22.04.2023).

²⁰ Vgl. StAAm, Regierung der Oberpfalz (zukünftig: Reg.d.Opf.), Kammer des Inneren (zukünftig: K.d.Inn.), Abgabe 1949 ff., Nr. 14191 (Politische Berichterstattung, Regensburg Stadt: April 1923); zu Sulzbach, Amberg und Burglengenfeld: Sebastian ZEHETMAIR, Im Hinterland der Gegenrevolution Die kommunistische Bewegung in der „Ordnungszelle Bayern“ 1919 bis 1923 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 184) Düsseldorf 2022, S. 354 f.

²¹ Vgl. Volkswacht v. 28.5.1927 u. Das Reichsbanner v. 15.6.1927; Verhandlungen des bayerischen Landtags v. 30. Mai 1927, S. 660 (Staatsminister Stützel).

Das Reichsbanner in der Oberpfalz (1924–1932): Gründungen und Ausbau

Als ein Vorgänger des Reichsbanners war in der Hauptstadt der Oberpfalz aus Kreisen der SPD, USPD und DDP am 26. Juni 1922 der Republikanische Reichsbund ins Leben gerufen worden.²² Am 21. Juli 1924 gründete sich das Reichsbanner des Gaus Oberpfalz-Niederbayern in Regensburg vor allem aus den Reihen der Frontsoldaten.²³ Der Gau organisierte sich in Anlehnung an den Aufbau der SPD in die drei oberpfälzischen Kreise Weiden, Amberg und Regensburg und mit Straubing, Passau, Landshut und Regen in vier Kreise in Niederbayern. Wir beschäftigen uns nur mit der Oberpfalz. Ähnlich der Sozialdemokratie war die konservative, ländlich-katholische Oberpfalz für die Werbung für den republikanischen Wehrverband „ein schwieriges Terrain“²⁴, wie auf einer Gaukonferenz im April 1926 ausgeführt wurde, denn „der Boden in Oberpfalz und Niederbayern sei schwer zu bearbeiten“. Die beste Propaganda sei ein Aufmarsch. Für den sehr konservativen „Regensburger Anzeiger“ war es demgegenüber erfreulich, dass die „Stadt und die ganze Oberpfalz einen recht harten und schwer zu beackernden Boden für die Reichsbannersegnungen darstellt“. Das Reichsbanner bemühte sich in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre um eine Ausweitung mit diversen Werbeaktionen. Anfang März 1927 sprach die sozialdemokratische Tageszeitung „Volkswacht“ optimistisch davon, „auch über den bayerischen Hinterwald lichtet sich das dunkel mehr und mehr“²⁵ und meldete, es „gewinnt das Reichsbanner immer mehr an Boden“. Eine Werbewoche im März 1927 sei in Sulzbach und in Furth i.W. mit Versammlungen erfolgreich gewesen und man forderte den Eintritt aller republikanisch denkenden Männer ohne Unterschied der Parteien. Eine Werbewoche in Schönhofen unter Beteiligung der Reichsbanners Regensburg folgte, in Rothenbruck bei Neuhaus an der Pegnitz habe es bei einer Werbeversammlung Neuaufnahmen gegeben und bei einem Werbeabend in Amberg sprach Karl Esser aus Regensburg. Diese knappen Hinweise zeigen ein nicht zu unterschätzendes Engagement der Republikunterstützer in einer strukturell schwierigeren Region.

Drei Jahre später verortete der Wehrverband selbst den Hauptgrund der schlependen Werbung in der industriearmen, nur über wenige Arbeiterzentren verfügenden Oberpfalz. Es sei, so der Gauvorstand 1929, „die Arbeit im Gau sehr hart“²⁶. Die Bauern und die teilweise in der Industrie beschäftigten Arbeiterbauern zeigten wenig Interesse für die Bewegung. Das Organ des republikanischen Wehrverbandes, „Das Reichsbanner“, räumte mentalitätsgeschichtlich zur ostbayerischen Region ein, der „Menschenschlag ist ganz besonders auf dem Lande, im bayrischen Walde und in den Gebietsstrichen des Fichtelgebirges schwerfällig, für Neues, für unhalt-

22 Vgl. StAAm, Reg. d. Opf., K. Inn., Abgabe 1949 ff., Nr. 14087 (Kriminalpolizei Regensburg v. 26.6.1922) u. ebenda, Nr. 14097 (Berichte der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth).

23 Vgl. Volkswacht v. 24.7.1924 u. StAAm, Reg. d. Opf., Abgabe 1949 ff., Nr. 13909 (Halbmonatsbericht (zukünftig: HMB) v. 2.8.1924); ebenda, K. d. Inn., Abgabe 1949 ff., Nr. 14191 (Politische Berichterstattung v. 30.7.1924).

24 Rossol., Republikanische (wie Anm. 2) S. 315; die folgenden Zitate: StAAm, Reg. d. Opf., K. d. Inn., Abgabe 1949 ff., Nr. 14090 (Kriminalpolizeiberichte v. 18./19.4.1926) u. Regensburger Anzeiger Nr. 221 v. 13. 8.1927.

25 Volkswacht v. 8.3.1927 u. ebenda („Boden“), Sulzbach u. Furth i.W., v. 10.3.1927; Rothenbruck, v. 12.3.1927; Amberg u. v. 24.3.1927; Schönhofen; zu Furth i.W. StAAm, Reg. d. Opf., Abgabe 1949 ff., Nr. 13909 (HMB v. 2.3.1927).

26 Das Reichsbanner v. 11.5.1929; Gaukonferenz u. die beiden nächsten Zitate: ebenda v. 21.12.1929: „schwerfällig“, „Ortsvereine“.



Abb. 1: Einladung zur Gründungsversammlung für eine Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Weiden (Weidener Anzeiger v. 31.7.1924)

bares Vorwärtsdringen erst schwer zu haben“. Bis 1928/29 scheint sich aber die Lage gebessert zu haben, denn es bestünden „jetzt in sich gefestigte Ortsvereine“ des Reichsbanners in unserem ostbayerischen Untersuchungsgebiet:

In Weiden hatten in Anwesenheit des Nürnberger Oberbürgermeisters Hermann Luppe (DDP) im Juli 1924 „republikanisch gesinnte Kriegsteilnehmer“²⁷ eine Ortsgruppe gegründet und am 1. August trat diese erstmals mit einer Versammlung in die Öffentlichkeit. Im „Weidener Anzeiger“ war von dem enormen Aufschwung dieses neuen Verbandes, der sich zunächst „Republikanischer Frontkriegerbund“ nannte, die Rede. Hermann Luppe saß seit 1923 im Reichsvorstand des Republikanischen Reichsbundes und im Reichsausschuss²⁸ des nachmaligen Reichsbanners. Wegen seiner Nähe zur Sozialdemokratie und aufgrund seiner aktiven Mitarbeit bei dieser republikanischen Organisation wurde er vielfach angefeindet. In bürgerlichen Kreisen galt das Reichsbanner „überwiegend als proletarische Kampforganisation“, dessen Mitglieder sich „vornehmlich aus den unteren Volkskreisen“ rekrutierten, wo ein „gewisser sozialdemokratischer Geruch“ herrsche. Luppe war „einer der hauptsächlichsten Werberedner des Reichsbanners in Bayern“ und demzufolge auch in der Oberpfalz präsent. Der Nürnberger Oberbürgermeister nahm eine „konsequente republikanische und demokratische, reichstreue und unitarische Haltung“ ein und galt, so die Frankfurter Zeitung, als „Säule des Republikanertums in Bayern“.

Die relative Stärke des Liberalismus in Weiden Anfang der 1920er Jahre belegt die Meldung, demnach sich unter den zehn Ausschussmitgliedern im Wehrverband drei DDP-Angehörige befanden. Im Oktober 1924 zählte der Bund schon 400 Mitglieder und übertraf damit die Zahl der Sozialdemokraten in der Stadt. Im September 1926 bestritt man einen Aufmarsch von Weiden über Schirmitz bis nach Rothenstadt. Am 10. August 1924 fand eine Gründungsversammlung des Reichsbanners in Berching

²⁷ Weidener Anzeiger Nr. 176 v. 31.7.1924 u. Nr. 185 v. 10.8.1924: Aufruf; Mitgliederzahl: ZIEMANN, Zukunft (wie Anm. 7) S. 18 u. Volkswacht v. 25.9.1926: Aufmarsch.

²⁸ Reichsausschussmitglieder: Das Reichsbanner v. 15.5.1924; zu Hermann Luppe: Hermann HANSCHHEL, Oberbürgermeister Hermann Luppe. Nürnberger Kommunalpolitik in der Weimarer Republik (Nürnberger Forschungen 21) Nürnberg 1977, S. 401, S. 400 („Kampforganisation“); Staatsarchiv Nürnberg, Polizei Nürnberg-Fürth, S. 338 (Lagebericht vom 27.11.1924); zit. nach HANSCHHEL, Luppe, S. 400 Anm. 49 („Volkskreisen“, „Geruch“), S. 400 f. („Werberedner“), S. 187 („Haltung“) u. Frankfurter Zeitung v. 7.1.1926; zit. nach Hanschel, Luppe, S. 395 („Säule“).

statt.²⁹ Ein Polizeibericht attestierte Anfang Januar 1925 der Ortsgruppe in Amberg eine „rege Tätigkeit“. Dass es in der Oberpfalz gelang, bis in kleinste Orte mit dem Reichsbanner vorzudringen, zeigt das Beispiel des kleinen Industriedorfes Rothenbruck bei Neuhaus an der Pegnitz im Bezirksamt Eschenbach. Neben kleinen Gütlern lebten dort ein größerer Teil von Arbeitern und Angestellten und bereits 1925 kam es zu einer der ersten Ortsgruppen des neuen republikanischen Wehrverbandes im Gau Oberpfalz. Nach mehreren Anläufen gelang 1927 in Bärnau im Bezirksamt Tirschenreuth die Gründung einer Reichsbannergruppe.

In einer Reihe von (Klein)Städten und Landgemeinden mit nennenswerter Arbeiterbevölkerung blieb eine Gründung aus bzw. erfolgte mit erheblicher Verspätung: *Schwandorf* galt als „Problemfall“, obwohl 1924 Sozialdemokraten eine Reichsbannergruppe ins Leben gerufen hatten.³⁰ Dessen Etablierung verlief aber holperig wie eine Notiz in der „Volkswacht“ 1926 andeutete: Auf den 4. September war eine Versammlung des Reichsbanners Schwandorf terminiert worden und die „Volkswacht“ formulierte nachhaltig, „es ist Ehrenpflicht eines jeden Republikaners, an dieser Versammlung teil zu nehmen, um mitzuhelfen, auch in dem mittleren Teil der Oberpfalz einen festen Stützpunkt für die Schutztruppe der Deutschen Republik zu bilden“. Vier Jahre später, Anfang Oktober 1930, diskutierten Funktionäre des Reichsbanners aus der nördlichen Oberpfalz, des Gewerkschaftskartells sowie der dritte Bürgermeister Schwandorfs (SPD) über die Werbetätigkeit und würdigten hierbei positiv, dass die Vertreter der SPD und der Gewerkschaften ernsthaft in Schwandorf die Bildung eines Ortsvereins des Reichsbanners angehen wollten. Aber offensichtlich bestanden weiter Hindernisse, denn erst ein halbes Jahr später wurde bei einer erneuten Zusammenkunft mit Funktionären der SPD, der Gewerkschaften und der freien Sportverbände der Stadt die (Neu)Gründung eines Ortsvereins des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold „nach harter Arbeit“ in Angriff genommen.

Ein schwieriges Terrain blieb *Burglengenfeld*, dennoch sprach man 1929 von einer positiven Entwicklung, denn es habe der „junge, rührige Ortsverein“³¹ mehrere gut besuchte Versammlungen durchgeführt wie z.B. im Januar 1929 zum Thema „Schwarzrotgold in der Geschichte Deutschlands“. Im Oktober 1931 stand die Arbeitsbeschaffung in der wirtschaftlich schwer getroffenen Stadt im Mittelpunkt, dennoch sei eine ansehnliche Zahl von Männern und Frauen zur Veranstaltung erschienen. Das Reichsbanner suchte in der überwiegenden Arbeiterstadt Burglengenfeld, der früheren Hochburg der Kommunisten, deren „kommunistische Gewaltherrschaft“ verschwunden sei und die jetzt stärker von Stahlhelm und Hakenkreuz sowie den arbeitgeberfreundlichen gelben Gewerkschaften durchsetzt sei, gegen zu steuern. In der Stadt gebe es viele arbeitslose Hüttenarbeiter und das Zementwerk

29 Vgl. zu Berching: StAAm, Reg. d. Opf., K. d. Inn., Abgabe 1949 ff., Nr. 14180 (Politischer Nachrichtendienst v. 10.8.1924); zu Amberg: ebenda, Nr. 14179 (Polizeibericht „Politische Bewegung“ an Stadtrat Amberg v. 3.1.1925); zu Bärnau: Volkswacht v. 23.5.1927.

30 Vgl. zu Schwandorf: Erich ZWICK, Die rechtsradikale NSDAP in Schwandorf bis 1933 in zeitgenössischen Dokumenten. Eine chronologische Darstellung der nationalsozialistischen „Kampfzeit“, Schwandorf 2016, S. 50; Volkswacht v. 2.9.1926: „Ehrenpflicht“; Das Reichsbanner v. 25.10.1930 u. v. 6.6.1931: „harter“.

31 Das Reichsbanner v. 16.2.1929 u.v. 24.10.1931: „Gewaltherrschaft“; die Broschüre mit den Vorschlägen trug den Titel: „Otto Hörsings Kriegsplan zur Niederringung der Arbeitslosigkeit“; im November 1931 folgte eine Veranstaltung zum Thema: „Der Kampf um die Republik in Bayern“ (Das Reichsbanner v. 5.12.1931).

habe sich stark reduziert. Der Redner forderte, da die Gemeinden dazu nicht in der Lage seien, Arbeitsbeschaffung durch das Reich und verwies auf die Vorschläge des Bundesführers des Reichsbanners, Otto Hörsing.

Problematische Verhältnisse herrschten im 1924 nach Regensburg eingemeindeten Arbeiterdorf *Keilberg*³². Nachdem die beiden radikalen Kräfte, die Kommunisten und vor allem die Nationalsozialisten, „mit ihren Phrasen“ versucht hätten, dort Fuß zu fassen, rief das Reichsbanner am 8. Februar 1931 eine Ortsgruppe als „republikanischen Stützpunkt“ ins Leben. Auch Auerbach zählte wohl zu den komplizierteren Standorten für das Reichsbanner, in der Bergbaustadt hatte es bereits im Verlauf der Revolution 1918/19 Auseinandersetzungen vor dem Hintergrund gewerkschaftlicher Konflikte gegeben. Der Gausekretär Semmler forderte 1930 von den Republikanern und Reichsbannerkameraden in Auerbach die „hohe Pflicht, alles einzusetzen für Erhalt und sozialen Ausbau dieses so schwer erkämpften Staates“, d.h. mehr Aktivität und technischen Ausbau, was „beifällig aufgenommen“ worden sei (!) Trotz der Krisenstimmung konnte sich das Reichsbanner in der Oberpfalz 1930 und 1931 ausweiten, zu 1932 fehlen entsprechende Angaben in unseren Hauptquellen. Am 11. Januar 1930 konnten bei einer Gründungsversammlung für das Reichsbanner in Wackersdorf neben zahlreichen Arbeitern Kleinbauern begrüßt werden. Nach Reichsbannerversammlungen im März 1931 wurden Ortsvereine in Lappersdorf und in Plößberg im Bezirksamt Tirschenreuth ins Leben gerufen und im Herbst 1931 gelang deren Gründung in Nittendorf und im Industrieort Schönhofen.³³ Eine intensive Vortragstätigkeit leistete wohl ihren Beitrag: So wurde nach einer Versammlung von Sozialdemokraten und Gewerkschaften in Fuchsmühl im Bezirksamt Tirschenreuth die Gründung eines Ortsvereins Schwarz-Rot-Gold in die Wege geleitet. Der aktive Gausekretär sprach über die aktuelle Lage beim Arbeiter-Radfahrerverein im Markt Regenstein, einem von der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit am schwersten betroffenen Ort im Bezirksamt Regensburg. Deshalb war es nur einem Teil der Anwesenden möglich, sich dem Reichsbanner anzuschließen.

Die folgende, vorläufige Übersicht zur Verbreitung des Reichsbanners soll weiteren Forschungen in der Oberpfalz dienen. Wie sehr die einzelnen Ortsgruppen des Reichsbanners tatsächlich aktiv waren, ist schwierig zu beurteilen.³⁴

32 Vgl. Das Reichsbanner v. 28.2.1931: „Phrasen“, „Stützpunkt“ u.v. 22.11.1930: Auerbach („Erhalt“, „beifällig“).

33 Vgl. Das Reichsbanner v. 11.4.1931: Lappersdorf u. Plößberg, v. 10.10.1931: Nittendorf u. Schönhofen, v. 19.12.1931: Fuchsmühl u. Regenstein; zu Regenstein: Manfred KRAPF, Arbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise. Die Oberpfalz 1929/30–33, in: VHVO 162 (2022) S. 341–372, hier S. 365 f.

34 Vgl. *Regensburg*: Volkswacht v. 24.7.1924, StAAm, Reg.d.Opf., Abgabe 1949 ff., Nr. 13909 (HMB v. 2.8.1924) u. ebenda, K.d.Inn., Abgabe 1949 ff., Nr. 14191 (Politische Berichterstattung v. 30.7.1924); *Schwandorf*: Zweck, rechtsradikale, S. 50 u. Volkswacht v. 2.9.1926; *Weiden*: Weidener Anzeiger Nr. 176 v. 31.7.1924 u. Nr. 185 v. 10.8.1924; *Berching*: StAAm, Reg.d.Opf., K.d.Inn., Abgabe 1949 ff., Nr. 14180 (Politischer Nachrichtendienst v. 10.8.1924); StAAm, Reg.d.Opf., Abgabe 1949 ff., Nr. 13909 (HMB v. 16.8.1924: *Neustadt*/2.4.1925: *Waldsassen*/8.12.1926: *Poppenricht* u. *Cham*/3.6.1927: *Tännesberg* u. *Kemnath*); Amberg: StAAm, Reg.d.Opf., K.d.Inn., Abgabe 1949 ff., Nr. 14179 (Polizeibericht „Politische Bewegung“ an Stadtrat Amberg v. 3.1.1925); Volkswacht v. 8.3.1927: *Furth i. W.*, v. 23.5.1927: *Bärnau*; Das Reichsbanner v. 1.2.1930: *Wackersdorf*, v. 16.2.1929: *Burglengenfeld*, v. 14.3.1931: *Pechbrunn*, v. 30.3.1929: ROSENBERG, v. 11.5.1929: *Krummennaab*, v. 22.11.1930: *Rothenbruck*; zu *Fuchsmühl*, *Regenstein*, *Lappersdorf*, *Plößberg*, *Nittendorf* u. *Schönhofen*: vorherige Anmerkung 33; Das Reichsbanner v. 5.1.1929: *Kelheim*, *Langquaid* und *Sinzing*.

Übersicht: Reichsbannergruppen in der Oberpfalz (1924–1931)

Gründungs- jahr ³⁵	Nördliche Oberpfalz	Mittlere Oberpfalz	Südliche Oberpfalz	Oberpfalz (gesamt)
1924	Weiden Berching Neustadt Tirschenreuth	Schwandorf Amberg	Regensburg	6
1925	Rothenbruck Waldsassen	Sulzbach		4
1926		Neumarkt Poppenricht	Cham	3
1927	Bärnau Tännesberg Kemnath		Furth i. W.	4
1929	Mitterteich Krummennaab		Burglengenfeld	3
1930	Auerbach	Wackersdorf		
1931	Fuchsmühl Plößberg Pechbrunn Wiesau	Schwandorf	Lappersdorf Kelberg Schönhofen Nittendorf Regenstauf	9
o.A. ³⁶			Kelheim Langquaid Sinzing	3
Gesamt:	16	6	12	34

Geographisch gesehen fanden sich die meisten Ortsgruppen in der nördlichen Oberpfalz. Die drei Ortsvereine Kelheim, Langquaid und Sinzing gehörten dem Kreis Regensburg an, obwohl Kelheim und Langquaid verwaltungsrechtlich zu Niederbayern zählten. Vergleicht man die Städte und Gemeinden, die regelmäßig Verfassungsfeiern absolvierten mit den hier erwähnten Ortsgruppen des Reichsbanners, so bestehen eindeutige Übereinstimmungen: Die Wahrscheinlichkeit einer vorhandenen Ortsgruppe des Reichsbanners erhöhte die Wahrscheinlichkeit eines aktiv gestalteten Verfassungstages am Ort. Die erwähnten „schwierigen“ Kommunen bremsen offensichtlich die weitere Expansion des Reichsbanners. Dennoch ist kaum zu bestreiten, dass die Ausbreitung des republikanischen Wehrverbandes vor allem mit einer relevanten organisierten Arbeiterschaft korrespondierte. Eine eingehendere, sozialstrukturelle und (partei)politische Untersuchung der Mitgliedschaft der

³⁵ Das genaue Gründungsjahr in Tirschenreuth, Mitterteich, Neumarkt und Sulzbach konnte nicht ermittelt werden, deshalb führen wir die Jahre der Reichsbannertage für Sulzbach 1925 bzw. für Neumarkt 1926 an.

³⁶ Das Gründungsjahr der drei Reichsbannerortsgruppen konnte nicht festgestellt werden.

Reichsbannergruppen in der Oberpfalz wäre eine lohnende Aufgabe. Insbesondere könnte gegebenenfalls der Grad der „Sozialdemokratisierung“ der Mitgliedschaft des Reichsbanners, der reichsweit bei 80 bis 90 Prozent lag, geprüft werden.

Das Reichsbanner in der Oberpfalz in den Krisenjahren seit 1930

Der erwähnte Nürnberger Oberbürgermeister Luppe beklagte schon seit 1926 einen immer schärferen Kampf gegen die Republik von rechts und links, so dass demokratische Veranstaltungen „oft nur unter dem Schutz des Reichsbanners abgehalten werden“³⁷ konnten. Seit 1930 hatte sich auch in der Oberpfalz die politische Konfrontation verschärft. Mitte Februar 1930 beschäftigte sich der Referent Rudolf Schlichtinger aus Regensburg in einer öffentlichen Versammlung des Reichsbanners in Furth i.W., wo ein „außerordentlich guter Besuch“ vorherrschte, mit dem Thema „Reichsbanner und Staatspolitik“. In der anschließenden Aussprache trat nur ein „junger Hakenkreuzler“ (= Nationalsozialist) auf. In Rothenbruck bei Neuhaus an der Pegnitz hatte trotz erheblicher wirtschaftlicher Nöte „immer ein fester Stamm ehrlicher Reichsbannerkameraden in harter Zeit festgehalten, was einst gegründet worden ist“. Nun müssten mit höchster Aktivität die Faschisten und sonstigen Reaktionäre abgewehrt werden, so der Tenor in einer Versammlung am 8. November 1930.

Einige Tage vorher war in Sulzbach unter dem Eindruck der Reichstagswahl vom September 1930, die einen enormen Zuwachs für die NSDAP von 2,6 auf 18,2 % Stimmenanteile im gesamten Reich gebracht hatte, vor Gefahren für die deutsche Republik, die Organisationen der Arbeiterschaft, der Angestellten und Beamten sowie die erreichten Errungenschaften gewarnt worden. Die Republikfeinde wollten letztendlich eine militaristisch-kapitalistische bzw. eine faschistische Diktatur wie beim Kapp-Putsch 1920 bzw. Hitler-Putsch 1923 durchsetzen. Aber der Redner attackierte ebenso die radikale Linke, denn Linksbolschewisten hätten dauernd den Staat bekämpft und „den Rechtsbolschewisten Hilfsdienste“ geleistet, um den Volksstaat zu zerstören. Ende 1930 erschien im „Reichsbanner“ ein Aufruf des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Gau Oberpfalz und Niederbayern, der fast schon flehentlich ein intensiveres Engagement und einen weiteren Eintritt „kämpferprobter Männer“ gegen die Staatsfeinde von rechts und links forderte:

„Schützt die Demokratie! Sind noch nicht genug Fensterscheiben zertrümmert? Noch nicht genug Werte vernichtet? Noch nicht genug Goldmilliarden über die Grenze gegangen? Soll das Vertrauen in Deutschland völlig zerstört, Deutschlands Kredit endgültig vernichtet, soll noch der letzte Arbeiter brotlos gemacht werden? Wollt ihr kampfflos preisgeben, was an sozialen, gewerkschaftlichen und kulturellen Errungenschaften geblieben ist? Noch ist es nicht zu spät! Hört den Ruf des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold! Aufgewacht! Die Zeit des Schla-

37 Hermann LUPPE, Mein Leben (Quellen zur Geschichte und Kultur der Stadt Nürnberg 10) Nürnberg 1977, S. 18; zum Folgenden: Das Reichsbanner v. 15.3.1930: Furth i.W. („guter“), v. 22.11.1930: Rothenbruck („fester“) u. Sulzbach („Hilfsdienste“) u. v. 8.11.1930: Aufruf (fett in der Vorlage, hier kursiv).

fens ist vorbei! Auch nicht mehr lange geredet! Jetzt muß gehandelt werden! Zeigt den Staatsfeinden von rechts und links eure Entschlossenheit, Deutschlands Freiheit und Wohlfahrt zu verteidigen bis zum Letzten. Millionen kampferprobter Männer haben sich schon im Reichsbanner zusammengeschlossen! Millionen stehen noch aus, die zu uns gehören. Hinein in unsre Reihen! Und mit uns in den Kampf!“

Im Winter 1930/31 begann der Gau Oberpfalz-Niederbayern eine Offensive gegen die „Hakenkreuzler“ (Nationalsozialisten) unter dem Motto „Demokratie oder Hakenkreuzdiktatur“³⁸. In Regensburg nahmen an einer Protestversammlung im Neuhaus-Saal mit einem Redner aus Thüringen rund 1.400 Personen teil. Wegen vormaliger Störungen waren „Hakenkreuzler“ diesmal ausgeschlossen. In Amberg besuchten Mitte Dezember mehr als 600 Teilnehmer eine Versammlung des Reichsbanners und stimmten den Ausführungen des Redners mit „stürmischen Beifall“ zu. Dieser sprach am nächsten Tag in Weiden vor mehr als 800 Personen und seine Ausführungen seien erneut gefeiert worden. Einen Tag später hielt er in der nordoberpfälzischen Kleinstadt Wiesau noch einmal einen Vortrag mit anschließender Diskussion. Im Februar 1931 erreichte der Protest des Reichsbanners im Gau Oberpfalz unter dem Motto „Kampf dem Faschismus“ mit Umzügen und Veranstaltungen einen Höhepunkt. Beispielhaft führen wir den knappen Bericht zu Amberg an.

„Schon morgens 8 Uhr standen am 22. Februar die Formationen zu einem Ausmarsch nach Haselmühle und Kümmersbruck marschbereit. Unter klingendem Spiel ging es durch Amberg, um der Bevölkerung zu zeigen, daß auch in Amberg der Schutz für die Republik kein leeres Schlagwort ist. Trotz starken Schneetreibens wurde der Ausmarsch in musterhafter Ordnung und musterhafter Haltung bis zum Stellplatz der Stammformation durchgeführt. Dort schlossen sich noch an die 200 Mitglieder dem Zug an, so daß das Reichsbanner 400 Mann stark zum Standquartier zurückmarschieren konnte. Im dichtgefüllten Aktiensaaal hielt Kamerad Endemann ein mit begeistertem Jubel aufgenommenes Referat. Starker Zuwachs an neuen Kämpfern war der sichtbare Erfolg.“

Der genannte Christian Endemann war SPD-Landtagsabgeordneter und Gewerkschaftsführer in Amberg und engagierte sich im Reichsbanner, so dass sein Name im Kontext des Reichsbanners in der Oberpfalz immer wieder auftauchte.

„Endemann, Christian: Geboren am 3. Januar 1885 in Fattigau/Oberfranken, gestorben am 30. Mai 1950 in Amberg, katholisch, vom Beruf Former, Nadler (Metall). 1917 bei der USPD, kehrte er 1922 zur SPD zurück. Von 1919–1933 fungierte Endemann als Geschäftsführer des Metallarbeiterverbands in Amberg; von 1929–1933 saß er dort im Stadtrat, war Mitglied des Reichsausschusses

³⁸ Das Reichsbanner v. 3.1.1931: Gauvorstand, Regensburg, Amberg: „stürmischen“, Weiden u. Wiesau; zum Folgenden: Das Reichsbanner v. 14.3.1931: Amberg (Umzug), zu Endemann: bavariathek.bayern; Das Reichsbanner v. 14.3.1931: Furth i. W. (Zitate: „Faschismus“, „marschbereit“, „der Nazis“), Mitterteich, Neumarkt: („Spießer“), Langquaid, Pechbrunn, Regensburg: („Phrasenpolitik“), Wackersdorf: Kundgebung, Weiden: Anmärsche u. v. 11.4.1931: Lappersdorf: Versammlung u. Regensburg: Veranstaltung des Reichsausschusses für Volksaufklärung, Gauvorstandssitzung („Gegen den Faschismus“), Gauvorstandssitzung in Regensburg: „wuchtig“.

des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und von 1924 bis 1932 gehörte er dem bayerischen Landtag an und ebenso von 1946–1950. In der NS-Zeit wurde Endemann im März 1933 in Schutzhaft genommen und saß vom Juni 1933 bis Mai 1934 im KZ Dachau, von Juni 1935 bis April 1939 befand er sich in Untersuchungshaft, seit Ende 1936 wieder im KZ Dachau und vom August 1944 bis Januar 1945 im KZ Flossenbürg. Nach Kriegsende war er vom Mai 1945 bis Juni 1946 kommissarischer Oberbürgermeister in Amberg und bis Juni 1948 hauptamtlicher Zweiter Bürgermeister in Amberg sowie von 1948–1950 Mitglied des Stadtrats.“

In Furth i. W. verlief der Demonstrationzug am gleichen Tag mittags unter dem Leitspruch „Gegen den Faschismus – für die deutsche Republik und ihren Ausbau“. Mehr als 300 Marschierer bewegten sich zum Bahnhof zum Empfang des Gastredners aus Regensburg, der zum Thema „Warum und wofür steht das Reichsbanner marschbereit?“ sprach und die „Phrasen- und Putschpolitik der Nazis“ attackierte. Die Nennung der Besucherzahlen erschien den Reichsbannerangehörigen wichtig und war Bestandteil der politischen Auseinandersetzung. Inwieweit diese zumeist dem Verbandsorgan entnommenen Angaben tatsächlich zutrafen, ist schwierig zu verifizieren. In Mitterteich und Neumarkt gedachte man der siebten Wiederkehr des Bundesgründungsjahres 1924 bei jeweils gutem Besuch. Die Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen. Ungeachtet des von „Spießern, Kommunisten und Nazis“ verkündeten Fernbleibens war in Neumarkt dennoch der Saal vollständig gefüllt. In Langquaid fand am 22. Februar eine gut besuchte Versammlung mit dem Gaujugendleiter aus Regensburg zur Unterstützung des Reichsbanners gegen den Faschismus statt. In Pechbrunn im Bezirk Tirschenreuth gestaltete eine kleine Reichsbannerortsgruppe eine überfüllte, öffentliche Versammlung. Der Redner aus Weiden forderte den verstärkten Kampf gegen den staatsgefährdenden Faschismus.

Hingegen wurde wieder einmal in Regensburg das Gedenken an den Gründungstag des Reichsbanners von der Polizeidirektion aus Gründen der öffentlichen Sicherheit verboten. Deshalb fanden in verschiedenen Räumlichkeiten öffentliche Kundgebungen statt, in denen die Referenten die „Phrasenpolitik der Hakenkreuzler“ attackierten. Die Ortsgruppe Wackersdorf trat mit einer Kundgebung samt einem abendlichen Fackelzug in Erscheinung, an dem sich ca. 200 Republikaner beteiligten, darunter 25 Sportler des Arbeiter-Turn- und Sportverein Schwandorf. Bei einer sehr gut besuchten Kundgebung in Weiden untermauerte der Redner aus Regensburg die Bedeutung des Reichsbanners im Kampf gegen den Faschismus. Dieser Auftritt erzielte mächtigen Widerhall, denn es seien zu dieser Kundgebung nicht nur die Republikaner Weidens, sondern auch diejenigen aus Luhe und Rothenstadt mit zum Teil mehrstündigen Anmärschen erschienen. In Lappersdorf im Norden Regensburgs fand eine vom Reichsbanner einberufene Versammlung statt mit Saalschutz durch eigene Leute aus Regensburg und Lappersdorf. Ein anwesender Nationalsozialist habe vergeblich versucht, den Ausführungen zu widersprechen. In der Veranstaltung des Reichsausschusses für Volksaufklärung sprach der Kapitänleutnant Helmut v. Mücke, ein ehemaliger Nationalsozialist, am 13. März im überfüllten Neuhaussaal über „Das erwachende Deutschland – die Volksverbrecher am Pranger“. Die Schutzformation des Ortsvereins Regensburg hatte die Sicherung übernommen. Bei der Schutzformation handelte es sich um jüngere und leistungsfähigere Mitglieder. Die

zahlreich anwesenden „Hakenkreuzler“ hätten jeglichen Störungsversuch unterlassen. Kundgebungen zum 7. Bundesgründungstag im Gau Oberpfalz-Niederbayern seien im Februar 1931 „allerorts wuchtig verlaufen“, aber diszipliniert und völlig störungsfrei. Was „wuchtig“ konkret bedeutete, wurde nicht näher erläutert.

Im Laufe des Jahres 1931 konnten die Ortsgruppen in der Oberpfalz ihre Aktivitäten steigern: Zunächst erwähnte die Generalversammlung³⁹ in Regensburg Anfang Mai 25 öffentliche Versammlungen der republikanischen Parteien, bei denen der Saalschutz ohne Ausschreitungen übernommen worden war. Eine große Veranstaltung in Zeiten wachsender Spannungen war ein Gautreffen verbunden mit einer Bannerenthüllung für das Reichsbanner Rosenberg am 13. und 14. Juni 1931. Wegen der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Krise sollte, wie die pathetisch verfasste Einladung des Gauvorstandes des Reichsbanners Oberpfalz ankündigte, dieses Gautreffen „ein Markstein“ in den Bemühungen „zum Schutz der deutschen Republik“ werden. Aus Nürnberg und aus dem nordoberpfälzischen, 90 Kilometer entfernten Wiesau, kamen Besucher mit dem Rad (!), um sich die Eisenbahnfahrt zu sparen. Aus Klardorf, Burglengenfeld und Lappersdorf reisten Besucher mit dem Fahrrad an. Andere hatten sich aus Passau, Landshut oder Deggenfurt auf dem Weg gemacht. Aus Regensburg trafen vier geschmückte Lastkraftwagen ein und aus Amberg sowie Weiden hatten viele den Weg nach Rosenberg genommen. Selbst die vorgeblich „nazistischen Hochburgen“ Sulzbach und Auerbach hatten Einwohner entsandt. Damit wurde auf die NS-Wahlergebnisse im Bezirksamt Sulzbach verwiesen, die tatsächlich die höchsten in der Oberpfalz waren. Jedoch zeigte sich die Dynamik hin zur NSDAP stärker in den ländlichen Gebieten und weniger in der Stadt Sulzbach selbst. Beim Festablauf wirkte u.a. der liberale Stadtrat Staudinger aus Regensburg im Rahmen der Gefallenenehrung mit, was erneut auf die Präsenz liberaler Politiker im Reichsbanner verwies.

„Karl Staudinger⁴⁰, vom Beruf Lehrer, war ein führender Liberaler aus Regensburg, Mitinitiator des Liberalen Klubs in Regensburg und dessen zweiter Vorsitzender 1912. Trat 1919 bei der Gemeindevahl noch eine Liste Staudinger bei der Kommunalwahl auf und errang sechs Mandate, so war es 1924 die DDP, deren Vorsitzender Staudinger war. Er beschäftigte sich mit Wohnungspolitik und stand an der Spitze des „Gemeinnützigen Bauvereins“. Nach 1945 engagierte sich Staudinger bei der CSU.“

Der Höhepunkt war ein von vielen Sympathisanten begleiteter Festzug mit 2000 Teilnehmern, wie ihn Rosenberg angeblich noch nie erlebt habe. Auf dem Festplatz hielt der Bundesvertreter Major Mayr die Festansprache über den Gegenangriff des

³⁹ Vgl. Das Reichsbanner v. 6.6.1931: Regensburg (Generalversammlung), v. 9.5.1931: Einladung Rosenberg (Zitate) u. v. 4.7.1931: Festbericht Rosenberg; zu den Wahlergebnissen in Sulzbach Manfred KRAFF, Die Oberpfalz während der Weimarer Republik. Wirtschaft und Politik von der Revolution 1918/19 bis zum Ende der Republik 1933, Regensburg 2023, S. 284 f.

⁴⁰ Vgl. Werner CHROBAK, Politische Parteien, Verbände und Vereine in Regensburg 1869–1914, Teil II, in: VHVO 120 (1980) S. 211–384, hier S. 366 f.; Gerhard REINDL, Zwischen Tradition und Moderne. Regensburg in der Weimarer Republik, in: Peter SCHMID (Hg.), Geschichte der Stadt Regensburg, Band 1, Regensburg 2000, S. 373–418, hier S. 379, S. 383; für LUPPE, Leben, (wie Anm. 37) S. 146 war Staudinger „ein energischer, kluger Draufgänger“.

Reichsbanners gegen den Putsch des großkapitalistischen deutschen Faschismus. Vom Bayerischen Bauernverband war Konrad Kübler anwesend und als Vertreter der schwer arbeitenden Hüttenarbeiter der Oberpfalz rief der SPD-Landtagsabgeordnete Endemann ebenfalls zur großen Kampfgemeinschaft der Reichsfarben schwarz-rot-gold auf.

Im Juli 1931 wurden in einer sehr gut besuchten Reichsbannerversammlung im Volkshaus in Regensburg⁴¹ „Aktuelle Tagesfragen“ besprochen wie die Hoover-Botschaft oder die Notwendigkeit der Notverordnung Brünings, um zu verdeutlichen, dass Deutschland bemüht sei, selbst die ungeheure Krise zu meistern. Der amerikanische Präsident Hoover hatte im Juni 1931 vorgeschlagen, die interalliierten Schulden und die deutschen Reparationsverpflichtungen für den Zeitraum vom 1. Juli 1931 bis zum 30. Juni 1932 auszusetzen. Die „Zweite Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ Brünings vom 5. Juni 1931 brachte schwere Einschnitte für die breite Bevölkerung, kürzte Renten von Invaliden und Kriegsversehrten, die Arbeitslosenunterstützung und die Krisenfürsorge, die Gehälter der Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst und führte eine neue Krisensteuer ein. Den Nationalsozialisten warf der Redner vor, ihre unverantwortliche Politik führe letztendlich zu einer ungeheuren Kapitalflucht, die eine große Arbeitslosigkeit und eine Geldknappheit erzeuge und die Wirtschaft partiell lahmgelegt habe. Mitte November 1931 war es in Amberg zu einem Zwischenfall⁴² mit Reichsbannerleuten und NS-Angehörigen gekommen, der auf Pöbeleien der Nationalsozialisten gegen einzelne Angehörige des republikanischen Wehrverbandes zurückzuführen sei. Es seien Ausdrücke wie „Judenknechte“ oder „Lausbuben“ gefallen. Die sich verteidigenden Reichsbannerleute gerieten vor dem Schnellrichter, der eine siebenwöchige Gefängnisstrafe verhängte. Ein noch nicht volljähriger Reichsbannermann war vor der Vorführung beim Schnellrichter längere Zeit festgehalten worden, ohne seine Eltern unterrichten zu können.

Im Anschluss an eine Bergarbeiterversammlung fand Mitte November 1931 in Auerbach eine große Reichsbannerveranstaltung statt, wo der Gausekretär zum Thema „Demokratie oder Diktatur des Hakenkreuzes?“ referierte und sich gegen die Nazis und die Kommunisten wandte: Erstere wollten das Dritte Reich errichten, „das getränkt ist von dem Blute der deutschen Arbeiterschaft“ und die Kommunisten würden ihnen „den Steigbügel halten“⁴³. Dagegen müssten sich die Republikaner „in eiserner Disziplin [wenden], um den Abwehrkampf gegen das Verbrechen an Volk und Staat zu organisieren“. Der Redner appellierte zu mehr Einigkeit in Auerbach, denn erfolgreich sei man nur, wenn sich alle Republikaner in die einzige republikanische Schutzorganisation, in das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, einreihen. Einen Tag vorher hatte der Gausekretär Semmler in Waldsassen referiert, wo sich

41 Vgl. Das Reichsbanner v. 1.8.1931 (Volkshaus); zu Hoover nur Heinrich August WINKLER, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Berlin/Bonn 1987, S. 359–364; zur Notverordnung vom 5. Juni 1931 knapp DERS., *Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1993, S. 408 f.

42 Vgl. Das Reichsbanner v. 19.12.1931 u. StAAm, Reg.d. Opf., Abgabe 1949 ff., Nr. 13907 (HMB v. 4.12.1931: Zwischenfall).

43 Das Reichsbanner v. 21.11.1931: Auerbach (Zitate), v. 5.12.1931: Waldsassen, v. 10.10.1931: Weiden (Zitat), v. 1.8.1931 u. v. 10.10.1931: Regensburg (Zitat) u. v. 24.10.1931: Probeschien; vgl. zum Kleinkaliberschießen im Reichsbanner ELKBACH, *Front* (wie Anm. 13) S. 51 f.

die Nationalsozialisten ausgebreitet hätten, weshalb die republikanischen Parteien und Verbände Präsenz zeigten.

Dass nicht alle Reichsbannerortsgruppen durchgehend eine hohe Aktivität an den Tag legten, zeigt eine Meldung aus dem nordoberpfälzischen Weiden vom Oktober 1931: Denn dort sei zur „erneuten Belebung der Ortsgruppe“, beschlossen worden, das Interesse der Frauen für das Streben des Mannes zu wecken und sie zu den monatlichen Mitgliederversammlungen einzuladen. Im Juli wurde vom örtlichen Reichsbanner mitgeteilt, dass nun im Ortsverein Regensburg die Möglichkeit bestehe, Schießen zu betreiben, was erfreute Resonanz hervorrief und Mitte September 1931 in Regensburg von den Mitgliedern „sehr beifällig aufgenommen“ worden sei. Im Oktober wurde gemeldet, dass nach langen Vorarbeiten der Ortsgruppe Regensburg nunmehr in Reinhausen ein Probeschießen absolviert wurde.

Nur kurz erwähnt sei die Errichtung der schnell wachsenden sog. Bayernwacht als Selbstschutzorganisation der Bayerischen Volkspartei, die das Recht und die Verfassung (!) verteidigen und jeglichen Terror und Drohungen der Nationalsozialisten zurückweisen sollten.⁴⁴ Angesprochen werden sollten alle Bauern und Bauernsöhne ab dem 18. Lebensjahr unter aktiver Beteiligung des Christlichen Bauernvereins.

Weitere Aktivitäten des Reichsbanners in der Oberpfalz

Der republikanische Wehrverband trat in der schwierigen Oberpfalz dennoch mit zahlreichen Aktivitäten hervor: Neben den seit 1924 organisierten, symbolhaften Verfassungsfeiern führte man Gau- und Kreiskonferenzen, Jahresversammlungen, Treffen mit aktuellen politischen Bezügen, Bundesgründungsfeiern sowie Bannerweihen bzw. Bannertage und Werbeaktionen durch.⁴⁵ Im Rahmen einer Gaukonferenz im April 1929 wurde mitgeteilt, dass 89 Versammlungen in der Oberpfalz und in Niederbayern abgehalten wurden. Sehr erfreulich seien die Neugründungen von Ortsgruppen in Burglengenfeld und Krummennaab. Ein Beispiel für die Beschäftigung mit aktuellen politischen Themen war eine Veranstaltung in Weiden von Anfang März 1926 zum Thema der Fürstenenteignung. Hier war es bei der Frage der Abfindung der Fürsten nach 1918/19 zu einem Volksentscheid gekommen, den die KPD, die SPD, die Gewerkschaften und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eingeleitet hatten und der eine entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürstenhäuser vorsah. Zehn Tage später gab es in Weiden eine SPD-Versammlung zu dieser Thematik. Anfang März 1929 fand in Rosenberg eine Bundesgründungsfeier statt. Das Reichsbanner veranstaltete seine jeweilige Bundesfeier an wechselnden Orten: 1924: Wei-

⁴⁴ Vgl. Das Reichsbanner v. 16.7.1932 und beispielhaft: Regensburger Anzeiger Nr. 251 v. 11. September 1932.

⁴⁵ Vgl. zum Folgenden: Das Reichsbanner v. 5.1.1929 (Kreiskonferenz), v. 11.5.1929: Gaukonferenz v. 13./14. April 1929: Neugründungen/Grenzen; StAam, Reg.d.Opf., K.d.Inn., Abgabe 1949 ff., Nr. 14187 (4.3.1926/13.3.1926: Versammlungen des Reichsbanners u. der SPD (Fürstenenteignung); Das Reichsbanner v. 30.3.1929 (Bundesgründungsfeier Rosenberg) u. v. 12.4.1930: Konferenz; StAam, Reg.d.Opf., Abgabe 1949 ff., Nr. 13909 (HMB v. 20.7.1927: Waldfest); ebenda (HMB v. 1.10.1925) u. Regensburger Anzeiger Nr. 225/226 v. 1./2. 10.1925: Bannerweihe u. Streit um Marx; Das Reichsbanner v. 15.8.1925 u. Volkswacht v. 20.7.1925: Bannerweihe Sulzbach; zur Bundesfeier 1926 in Nürnberg: Weidener Anzeiger Nr. 185 v. 13.8.1926, Nr. 188 v. 17.8.1926 u. Nr. 189 v. 18.8.1926.

mar, 1925: Berlin, 1926: Nürnberg, 1927: Leipzig, 1928: Frankfurt, 1929: Berlin und 1930: Koblenz. Im März 1930 hatte eine Konferenz des Reichsbanners des Gaues Oberpfalz und Niederbayern über geistige und körperliche Erziehungsarbeit bei Jugendlichen beraten. Größeren Zulauf habe 1927 das Waldfest des Reichsbanners in Stadthof verzeichnet. Eine Bannerweihe in Regensburg im September 1925 rief bei katholisch-konservativen Kreisen erheblichen Unmut hervor, da im Vorfeld verstärkt mit der Person des bekannten Zentrums politiklers Wilhelm Marx geworben worden war. Die Veranstalter versuchten nach Meinung des konservativen „Regensburger Anzeigers“, die Katholiken „irre“ zu machen. Die katholische Tageszeitung übte scharfe Kritik an Marx wegen seiner zu diesem Zeitpunkt noch bestehenden Mitgliedschaft beim Reichsbanner, die er erst im Juli 1927 als amtierender Reichskanzler beendete. Bekanntlich war Marx im Frühjahr 1925 als Gegenkandidat Hindenburgs bei der Reichspräsidentenwahl angetreten. Marx war vom November 1923 bis Juni 1924 bzw. Januar 1925 und von Mai 1926 bis September 1928 Reichskanzler jeweils bürgerlicher Koalitionen. Der oberpfälzische Regierungspräsident meldete zu diesem Reichsbannertag in Regensburg, die meisten Teilnehmer stammten aus SPD-Kreisen und die Bevölkerung habe kein Interesse gezeigt. Eine Bannerweihe in Sulzbach, durchgeführt vom Nürnberger Oberbürgermeister Luppe, konnte 1925 nur mit Reden gestaltet werden, denn das Bezirksamt Sulzbach verbot einen Umzug.

In Neumarkt fand am 5. September 1926 ein Reichsbannerkundgebung⁴⁶ statt, bei der es zu einer Schlägerei zwischen Reichsbannerleuten und einem Angehörigen der Reichsflagge kam. Die Reichsflagge war ein 1919 in Nürnberg ins Leben gerufener militärischer, antirepublikanischer und monarchistischer Wehrverband mit Schwerpunkt in Franken, seit Herbst 1923 unter der Bezeichnung „Reichskriegsflagge“. Zur Resonanz dieses Reichsbannertreffens herrschten einmal mehr konträre Feststellungen, denn der Regierungspräsident sprach von einer geringen Beteiligung. Demgegenüber erwähnte die sozialdemokratische „Volkswacht“ die Zahl von 2.000 Reichsbannerleuten, die „freudig begrüßt von der Bevölkerung“ aus Nürnberg, Franken, aus der Oberpfalz, d.h. aus Amberg, Regensburg, Sulzbach, Weiden und Neumarkt sowie aus Niederbayern, d.h. Bogen, Straubing und Landshut gekommen waren. Insgesamt wurde eine „starke Anteilnahme der Bevölkerung“, die zu Tausenden erschienen sei, konstatiert. Neben einer Gefallenenehrung bewegte sich ein Festzug mit Musikkapellen durch die vielfach beflaggte Stadt. Der Bauernbund, der niederbayerische Bauern vertrat, sprach sich hier für die Republik aus und die Pressestelle des Bauernbundes lobte die Weimarer Verfassung. In Weiden veranstaltete die Ortsgruppe Ende Juni bzw. Anfang Juli 1928 für den Gau Oberpfalz den ersten Republikanischen Tag mit Fackelzug, Musikkapelle, Spielmannszug, Festreden, Enthüllung einer eigenen Ortsgruppenfahne, Gefallenenehrung, Festzug durch die Stadt, Festkonzert und einer abendlichen Tanzveranstaltung. Die Oberpfalz war sehr gut vertreten und aus Franken seien zahlreiche Ortgruppen erschienen.

46 Vgl. zum Folgenden: StAAm, Reg. d. Opf., Abgabe 1949 ff., Nr. 13909 (HMB v. 17.9.1926: Reichsbannertag), ebenda, K.d.Inn., Abgabe 1949 ff., Nr. 14097 (Bericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth v. 5.9.1926) u. Regensburger Anzeiger Nr. 249 v. 9.9.1926: (Schlägerei); zur Reichsflagge Christoph HÜBNER, Reichsflagge, 1919–1927, publiziert am 11.05.2006; in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Reichsflagge,_1919-1927 (19.04.2020); Volkswacht v. 6.9.1926 („freudig“, „starke“); Regensburger Anzeiger Nr. 216 v. 7.8.1926: Pressestelle; Weidener Anzeiger Nr. 151 v. 3.7.1928: Kundgebung u. Das Reichsbanner v. 18.7.1928 u. v. 1.7.1928.

Das Reichsbanner hatte sich bis 1930 dem Bayerischen Wald angenähert, was eine größere Veranstaltung in Furth i. W. zeigte. Bereits die Einladung des Gauvorstandes zu diesem Republikanischen Gautreffen war getragen von einer optimistischen, beinahe leidenschaftlichen Zukunftsvorstellung:

„Die gegenwärtigen Verhältnisse bedingen es, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und mit ihm alle Republikaner offen zeigen, daß zum Schutze der deutschen Republik Männer und Jünglinge vorhanden sind, die alles einzusetzen gewillt sind. In den Tagen großer wirtschaftlicher und politischer Not, der inneren Zerrissenheit, muß das Reichsbanner wahre Aufklärungsarbeit treiben. Das Gautreffen in Furth i. W. soll mit ein Markstein dieser Arbeit werden. Wir wollen anläßlich dieser Kundgebung im nordöstlichen Grenzgebiet des bayerischen Waldes den Glauben an einen Wiederaufstieg Deutschlands festigen im Geiste der Völkerversöhnung und des Völkerfriedens. Die Farben deutscher Einheit und Freiheit, die Farben Schwarz-Rot-Gold sollen nicht nur in luftigen Höhen flattern, sie sollen vielmehr Einzug halten in die Herzen der Bevölkerung als Symbol der Menschlichkeit und des Verstehens.“⁴⁷

Mit spürbarer Genugtuung wurde über diese Feier vom 2. und 3. August 1930 berichtet und auf die vermeintliche Abgeschiedenheit dieser Region verwiesen. Voller Stolz betonte man, dass an der Stelle, wo der Bayerische Wald und der Böhmerwald zusammenstoßen, an der bayerischen Grenze, einige verwundert und staunend „die Frage auf den Lippen tragen, ob es wirklich im Bayrischen Wald, in diesem äußersten Grenzwinkel der deutschen Republik, so etwas geben kann“. Tatsächlich marschierten hier Republikaner mit ihren Farben „unter dem weiten Himmel des Grenzgebiets. Es seien Besucher „aus der steinigen Oberpfalz“, aus den Bezirken Amberg, Regensburg und aus Niederbayern, „von der Kornkammer Bayerns“ und den am weitesten entfernten Gebieten des Bayrischen Waldes ungeachtet der schlechten wirtschaftlichen Lage gekommen. Das zweitägige Fest wurde unter Anwesenheit der Stadtvertretung aufwendig mit u.a. einem Fackelzug durch die geschmückte Stadt und einem Aufmarsch auf dem Stadtplatz begangen. Insbesondere das Viertel bei der modernen Spiegelglasfabrik Bechmann-Kupfer, die als einzige deutsche Spiegelglasfabrik ihre Selbstständigkeit in der Krise behielt, ragte hier beim Schmuck hervor. Des Weiteren wurde ein Banner enthüllt, die Gefallenen vor dem Kriegerdenkmal geehrt sowie Reden des SPD-Landtagsabgeordneten Endemann aus Amberg, des liberalen Kommunalpolitikers Staudinger aus Regensburg und Konrad Küblers vom linken Flügel des Bauernbundes aus Landau geboten, die alle ein Bekenntnis zur deutschen Republik nachhaltig untermauerten.

Die politische „Herkunft“ der Redner offenbart ein breiteres Bild des republikanischen Wehrverbandes in der Oberpfalz mit Liberalen und Vertretern des Bauernbundes, wenngleich entlang der Mitgliederstruktur die Sozialdemokraten wohl die Mehrheit besaßen. Der Gauvorsitzende Karl Esser (SPD) betonte, man könne auch

⁴⁷ Vgl. Das Reichsbanner v. 19.7.1930 (Einladung) u. v. 16.8.1930: Festbericht (Zitate: „Lippen“, „Himmel“, „steinigen“, „Kornkammer“); zum Uniformverbot hier nur Stefan JELIC, Uniformverbot, 1930–1932, publiziert am 04.07.2006; in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Uniformverbot,_1930-1932> (8.11.2021); StAAm, Reg. d. Opf., Abgabe 1949 ff., Nr. 13907 (HMB v. 17.6.1931); zur Bayerischen Spiegelglasfabrik Bechmann-Kupfer.

ohne Uniform für die Ziele der deutschen Republik wirken. Damit spielte er auf das seit Juni 1930 in Bayern herrschende Uniformverbot für politische Aufmärsche an, das nach einem provokativen Marsch der Nationalsozialisten durch Arbeiterviertel in München erlassen worden war und nach schweren Auseinandersetzungen zwischen NS-Angehörigen und der Polizei in Bamberg von der bayerischen Regierung vor den Reichstagswahlen 1930 verschärft wurde. Parteikleidung wurde bei allen öffentlichen Veranstaltungen in größeren Städten und bei Einzelpersonen zu bestimmten Tageszeiten sowie bei Fahrten mit Lastkraftwagen untersagt. Der Festredner Semmler aus Regensburg hob den Kampf für eine demokratische und soziale Republik hervor und verband dies mit dem Hinweis, dass nur durch die republikanische Politik unsere deutschen Brüder und Schwestern am Rheine befreit wurden. Damit war die vorzeitige Räumung des Rheinlandes durch die alliierten Truppen gemeint.

Mitte August 1930 erlebte die Stadt Kemnath ein vom Reichsbanner des Kreises Weiden veranstaltetes Republikanisches Treffen mit Bannerenthüllung des Ortsvereins Kemnath und einer Verfassungsfeier.⁴⁸ Der folgende Bericht des „Reichsbanners“ zu diesem größeren Treffen beschreibt zusätzlich die naturräumlichen Verhältnisse.

In der nördlichen Oberpfalz, hart am Fuße des „Rauhen Kulms“, [...], hat das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am 16. und 17. August ein Treffen des Kreises Weiden veranstaltet, verbunden mit der Bannerenthüllung des Ortsvereins Stadt Kemnath. Schwer und grau hingen die Wolken über der Kuppe des Rauhen Kulms, als am Samstagabend die ersten Gäste dort eintrafen. Aber sie kamen doch, die Kameraden der nördlichen Oberpfalz und des Gauers Nordfranken, so daß schon der Fackelzug unter starker Beteiligung durchgeführt werden konnte. Die Ansprache des Kameraden Otto Stündt (Nürnberg) wurde von der zahlreich versammelten Bevölkerung mit großem Beifall ausgenommen [...] Im Löwen-saal, der herrlich schwarzrotgold geschmückt war, fand der Begrüßungsabend statt. Nachdem der Vorsitzende des Ortsvereins Kemnath die Erschienenen herzlich begrüßt hatte, sprach Kamerad Semmler (Regensburg) namens des Bundes- und Gauvorstandes herzliche Begrüßungsworte und gab ein Bild über die großen Aufgaben, die alle Republikaner zu erfüllen haben, wenn eine Republik im sozialen Geist erkämpft werden wolle. [...] Umrahmt von Darbietungen der Reichsbannerkapellen Weiden und Bayreuth, von Liedern und Sprechchören der Bayreuther Arbeiterjugend fand der Abend einen schönen Verlauf. Die Bannerenthüllung am Sonntagvormittag fand unter großem Zustrom auswärtiger Kameraden und der einheimischen Bevölkerung statt. Ein nicht enden wollender Zug mit vielen schwarzrotgoldenen Fahnen marschierte am Festplatz auf. [...] Mit einem sinnigen Prolog und einigen Widmungen seitens der republikanischen Frauen und Jungfrauen fand diese Feier ihren Abschluß. Still und ernst zog der gewaltige Zug zum Kriegerdenkmal zur Gefallenenehrung. [...] Als die Musikkapelle das Lied vom guten Kameraden spielte, entblößten sich die Häupter. Ein Kranz mit schwarzrotgoldenen Schleifen wurde zum ehrenden Andenken an die Gefallenen niedergelegt. Die Trauerfeier hatte damit ihren Abschluß gefunden. Der Nachmittag begann mit dem Festzug durch die Stadt. [...]

⁴⁸ Vgl. zum Folgenden: Das Reichsbanner v. 12.4.1930 (Einladung) u. v. 30.8.1930: Festbericht (Zitate).

Abb. 2: Einladung zur Verfassungsfeier der Ortsgruppe Weiden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am 11. August in Weiden (Weidener Anzeiger v. 10.8.1924)



Auch die Bürger von Stadt Kemnath haben ihre Häuser in den Landesfarben beflaggt. Wo aber die ärmsten, dafür treuesten Söhne der deutschen Republik ihr Heim hatten, sah man Schwarzrotgold. Am Festplatz, der von Teilnehmern überfüllt war, sprach Kamerad Stündt (Nürnberg) über „Sein und Werden der deutschen Republik“. Seine Worte haben gezündet. Mögen sie Schrittmacher für den 14. September sei [...]

Einmal mehr betonte der Bericht nachdrücklich den guten Besuch, denn trotz des schlechten Wetters seien viele Kameraden aus der nördlichen Oberpfalz und aus Nordfranken gekommen, ein Hinweis auf die intensiveren Beziehungen zu den angrenzenden fränkischen Gebieten. Der übliche Fackelzug und eine Bannerenthüllung konnten somit „mit starker Beteiligung“ der anwesenden Bevölkerung durchgeführt werden, also nicht nur der Reichsbannerleute, wie das Verbandsorgan nachhaltig unterstrich. Auf dem Festplatz marschierte „ein nicht enden wollender Zug mit vielen schwarzrotgoldenen Fahnen“ auf und auch der Festsaal sei in den Farben der Republik schwarz-rot-gold geschmückt worden. Aufschlussreich ist der Hinweis auf die Beflaggung der Häuser der Bürger mit den (bayerischen) Landesfarben, hingegen hätten „die ärmsten“ mit Schwarzrotgold beflaggt, also die Häuser der Arbeiterschaft. Der Bericht schließt mit dem Hinweis auf die Reichstagswahl im September 1930.

Das Thema der Gefallenenehrung provozierte Ärger mit den Behörden und den konservativen Kriegervereinen. So wurde am 11. Dezember 1924 in München ein Denkmal für die 13 000 im Weltkrieg gefallenen Münchner enthüllt.⁴⁹ Auf Initiative des bayrischen Kriegerbundes sollte unbedingt das Reichsbanner von der Veranstaltung ausgeschlossen werden, weil Kronprinz Ruprecht und weitere Mitglieder des Hauses Wittelsbach an der Feier teilnahmen. Eine vom Reichsbanner geplante Kriegergedenkefeier verbot die Polizei. In Auerbach gedachte das Reichsbanner am Totensonntag 1930 den Tausenden, die „für ein neues Deutschland, für die deutsche Republik“⁵⁰ gefallen seien. In Regensburg hatte das Reichsbanner Schwarz-

49 Vgl. Das Reichsbanner v. 1.1.1925.

50 Das Reichsbanner v. 22.11.1930; Das Reichsbanner v. 21.11.1931: („ungeheurer“); zum Reichsbund Ursula BÜTTNER, Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008, S. 554 f. Anm. 76; Benjamin ZIEMANN, Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914–1923, Essen 1997, S. 428.

Rot-Gold im November 1931 zusammen mit dem sozialdemokratisch orientierten und größten Verband der Kriegsoffer (1921: 639856 Mitglieder), dem „Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen“⁵¹ unter „ungeheurer Teilnahme der Bevölkerung“ am Zentralfriedhof eine Totengedenkfeier mit dem Regensburger Volkschor zelebriert.

Widerstand gegen die Ausbreitung des republiktreuen Reichsbanners in der Oberpfalz

Als Gegner des demokratisch-republikanischen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in unserer Region positionieren wir hier an erster Stelle die konservativ-katholischen Kräfte um die Bayerische Volkspartei, die vehement in ganz Bayern gegen den republikanischen Verband agierten, der als eine „sozialistische Organisation“⁵² eingestuft wurde. Die Konservativen betonten, das Reich sei wichtiger als die bloße Staatsform, d.h. die Demokratie oder die Republik. Des Weiteren lehnten sie mit einer ausgeprägt antisozialistischen Haltung die Revolution ab. Dass gerade in der Oberpfalz sehr wohl Vertreter anderer politischer Richtungen beim Reichsbanner in Erscheinung traten, wurde ignoriert, wenngleich die organisierte, sozialdemokratische Arbeiterschaft wohl das Gros der Mitglieder ähnlich wie im gesamten Reich stellte.

Die Regierungs- und Polizeibehörden verfolgten eine expansive Verbotspolitik gegen das republiktreue Reichsbanner und trafen damit vor allem deren Verfassungsfeiern. Das Reich und die obersten Landesbehörden, d.h. die Landesregierungen, konnten Verbote erlassen. Die Auseinandersetzung um die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 traf vor allem das Reichsbanner und deren jährliche Gedenkfeiern zur Weimarer Verfassung unter freiem Himmel. Eine Vollzugsanweisung des bayerischen Innenministeriums vom 15. Juli 1931 an alle Polizeibehörden zu dieser Notverordnung verlangte, dass wegen der derzeitigen angespannten Verhältnisse genau geprüft werden müsse, ob „in sonstiger Weise die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet wird“⁵³. Es müsse alles verhindert werden, was geeignet ist, die „politischen Leidenschaften aufzupeitschen und die Unruhe in der Bevölkerung zu erhöhen.“ Diese expansive Auslegung kam in der Auffassung des Innenministeriums zum Ausdruck, demnach bereits eine Versammlung an sich eine Erhöhung der Unruhe im Volk andeuten könnte. Die ergriffenen Maßnahmen seien keine Willkürakte, sondern dienten „ohne jede Rücksicht auf Parteipolitik lediglich dem allgemeinen Staatswohle“.

Das Reichsbanner sah dagegen in den Verboten seiner Veranstaltungen verständlicherweise keinen Beitrag zum öffentlichen Wohl, denn man verfolgte als Ziel grundsätzlich die Einhaltung der republikanisch-demokratischen Ordnung. Dem republikanische Wehrverband zufolge habe man von Mitte Juli bis Mitte Septem-

⁵¹ Vgl. Das Reichsbanner v. 28.5.1932 (Beitrag des Bundesvorsitzenden zum 15jährigen Gründungsdatum).

⁵² Regensburger Anzeiger Nr. 227 v. 18.8.1926.

⁵³ Ernst Rudolf HUBER (Hg.), Band 3: Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918–1933, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966, S. 445–449, Nr. 412 (Notverordnung v. 28. März 1931: § 1 Ziff. 4). Die Regierungsbegründung und Vollzugsanweisung des Innenministeriums v. 15.7.1931, in: Das Reichsbanner v. 12.9.1931 („Das ‚Dritte Reich‘ in Bayern“: Zitate) u. ebd. (Haltung des Reichsbanners: „unmöglich“).

ber keine öffentlichen Versammlungen durchführen können. Als merkwürdig wurde registriert, dass die Bezirksämter alle Reichsbannerversammlungen als Gefährdung der öffentlichen Ordnung einstufen wie bei niederbayerischen und oberbayerischen Bezirksämtern wie Mainburg, Erding, Lindau i. Bodensee und Laufen zu sehen sei. Der grundsätzliche Unterschied zwischen einem republikanisch-demokratischen Verband wie dem Reichsbanner, der nachdrücklich für die Ordnung der Weimarer Reichsverfassung eintrat und den rechts- bzw. linksextremen Kräften wurde von den Behörden nicht wahrgenommen. Das Organ des republikanischen Wehrverbandes warf bei der Handhabung der Notverordnung den Bezirksämtern einen Missbrauch vor, um dem Reichsbanner „seine öffentliche Werbe- und Aufklärungsarbeit unmöglich zu machen“.

Vor dem Hintergrund der politisch motivierten Gewaltzunahme im Sommer 1932 erließ die neue Reichsregierung Papen, die auf die Regierung Heinrich Brüning folgte, zwei Notverordnungen zur Sicherung des inneren Friedens vom 29. Juli 1932 und vom 9. August 1932.⁵⁴ Diese beiden Verordnungen verboten alle öffentlichen politischen Versammlungen für die Zeit vom 31. Juli 1932 bis zum 31. August 1932, abgesehen vom Verfassungstag am 11. August, der davon ausgenommen war, um die Abhaltung der Verfassungsfeiern nicht zu behindern. Des Weiteren hatten die Landesbehörden durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juni 1932⁵⁵ das Recht, Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge zu verbieten, wenn es nur „bestimmt abgegrenzte Ortsteile“ betraf und nur „im Einzelfalle“ galt. Gerade der letzte Gesichtspunkt ermöglichte den Behörden in Bayern und in der Oberpfalz eine ausgiebige Anwendung und behinderte das politische Wirken in erster Linie der republikanisch-demokratischen Kräfte wie dem Reichsbanner.

Mögliche Verbotsmaßnahmen konnten Zeitungen bzw. Zeitschriften betreffen, wie an zwei Beispielen der Wochenschrift „Das Reichsbanner“ in der Phase der politisch motivierten Gewalteskalation im Sommer 1932 kurz zu zeigen ist, nämlich ein zweiwöchiges und ein vierwöchiges Verbot:⁵⁶ Aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932, die u. a. das SA-Verbot aufhob, wurde vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, da „Das Reichsbanner“ in Magdeburg erschien, dieses vom 17. Juli bis 30. Juli 1932 für zwei Wochen verboten. Grund war der Aufmacher des Blattes vom 16. Juli 1932, der angeblich den Reichspräsidenten verächtlich gemacht habe: Hier waren in einer Zeichnung eine Reihe von Särgen und der Schatten des Reichspräsidenten zu sehen mit der Überschrift „Unsere Treue ward uns zum Leichentuch“. Eine nebenstehende Überschrift lautete „Die Treue ist das Mark der Ehre“, was ein Wahlspruch Hindenburgs war.

54 Vgl. Ernst Rudolf HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Band VII: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984, S. 1002–1005 u. zu den beiden Notverordnungen ebd., S. 1055 u. S. 1052–1058.

55 Diese Verordnung v. 28. Juni 1932 ist teilweise abgedruckt bei: HUBER, Dokumente, 3 (wie Anm. 53) S. 496 f. Nr. 437 und ihr § 1 lautet: „Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden“.

56 Vgl. zum zweiwöchigen Verbot: Das Reichsbanner v. 23.7.1932 u. zum vierwöchigen v. 1.10.1932; die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 ist abgedruckt bei: HUBER, Dokumente, 3 (wie Anm. 53) S. 492–496: maßgeblich war der § 6 Abs. 1 Nr. 2: „[...] wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden“; vgl. zum zweiwöchigen Verbot ELSBACH, Front (wie Anm. 13) S. 110 u. S. 114–116 (zum Fall Ohlau); zum Hintergrund der beiden Fälle WINKLER, Katastrophe (wie Anm. 41) S. 640 u. S. 700 (zu Ohlau), S. 700 f. (zu Beuthen).

In weiten Kreisen werde diese Zeichnung, so der Oberpräsident, als eine Verächtlichmachung des Reichspräsidenten gesehen. Der Grund des vierwöchigen Verbots des „Reichsbanners“ vom 21. September bis zum 19. Oktober 1932 war Ausfluss der blutigen Auseinandersetzungen im Sommer 1932. Konkreter Anlass war die Berichterstattung der Wochenschrift zu den Gerichtsverfahren nach dem Ohlauer Blutsonntag und dem Fall Potempa im Landkreis Gleiwitz.⁵⁷

Auf lokalen Widerstand in der Oberpfalz stieß das Reichsbanner neben der *Stadt Regensburg* in den Städten *Neumarkt* und *Amberg*: Im phasenweise unruhigen Neumarkt führte es Anfang 1927 eine störungsfreie Reichspräsident Ebert-Gedenkfeier durch. Zwei Jahre später verschärfte sich die Konfrontation zwischen den linken und rechten Gruppierungen im Stadtrat, nachdem ein Antrag des Reichsbanners am 8. August 1929 auf Errichtung eines Ebert-Gedenksteines abgelehnt wurde. Der Streit betraf den Ort des Denkmals für den verstorbenen Reichspräsidenten, das die Republikaner zentral in der Stadt gegen die Mehrheit im Stadtrat platzieren wollten. Die Sozialdemokraten kündigten wegen des Widerstandes gegen das Denkmal einen „scharfen Wahlkampf“⁵⁸ an. In Neumarkt war es bereits im Herbst 1923 nach einem von den rechten bzw. rechtsextremen Kräften veranstalteten „Deutschen Tag“ in Nürnberg bei der Rückkehr der nationalistischen Verbände zu größeren Auseinandersetzungen am Bahnhof gekommen.

Amberg sei „als die Hochburg einer Reaktion berüchtigt“ und man habe es dort mit der „alleinseligmachenden Bayerischen Volkspartei“ zu tun. Deshalb blieb die Stadt für das republikanische Reichsbanner ein schwieriges Pflaster und die Republikaner kämpften „ganz besonders in Amberg unter den schwierigsten Verhältnissen um die Anerkennung des deutschen Volksstaates gegen die herrschende Reaktion“.⁵⁹ Um diese Problematik zu verdeutlichen, forderte der Wehrverband in Amberg alle Republikaner im Gau Oberpfalz und Niederbayern auf, in die Stadt zum Republikanischen Treffen Ende Juli 1928 zu kommen. Das Treffen solle klar zeigen, dass auch in Amberg überzeugte Republikaner wohnten.

57 Zum Hintergrund: Im schlesischen Ohlau waren am 10. Juli 1932, dem sog. Ohlauer Blutsonntag, zwei Nationalsozialisten bei einem Zusammenstoß mit Sozialdemokraten und Reichsbannerleuten ums Leben gekommen. Das Sondergericht Ohlau verurteilte zwei Ohlauer Reichsbannerangehörige zu mehrjährigen Zuchthausstrafen. Daraufhin verlangte der stellvertretende Reichskommissar für Preußen, der seit dem sog. Preußenschlag vom 20. Juli 1932 amtierender Innenminister in Preußen war, dass das Urteil von Ohlau in einigen größeren Zeitungen abzudrucken sei. Nahezu parallel geschah eine weitere politisch motivierte Bluttat: Am 10. August ermordeten fünf SA-Männer in Potempa im Landkreis Gleiwitz einen polnischen Oberschlesier. Am gleichen Tag, an dem das Urteil von Ohlau ergangen war, verurteilte das für Potempa zuständige Sondergericht Beuthen einen der Täter zum Tode, was enorme Drohungen der Nationalsozialisten und von Hitler und Goebbels provozierte. Hier aber verzichtete der stellvertretende Reichskommissar auf eine Abdruckpflicht. Das „Reichsbanner“ warf am 17. September 1932 dem stellvertretenden Reichskommissar diesen Nichtabdruck vor und behauptete, er wolle den Nationalsozialisten einen „Liebesdienst“ erweisen. Dies und weitere Vorwürfe in dem beanstandeten Artikel seien, so der Oberpräsident, eine Beleidigung bzw. entsprechen einer Beschimpfung oder einer Verächtlichmachung eines leitenden Beamten, was ein Verbot rechtfertige. Das zunächst vierwöchige Verbot wurde nach Absprachen zwischen dem stellvertretenden Reichskommissar und dem Verlag verkürzt, so dass die Wochenschrift am 8. Oktober wieder erscheinen konnte.

58 StAAm, Reg.d.Opf., Abgabe 1949 ff., Nr. 13907 (HMB 19.8.1929) u. Volkswacht v. 23.9.1929; zum „Deutschen Tag“ und Neumarkt hier nur Zehetmair, Gegenrevolution (wie Anm. 20) S. 394–396 u. Krapf, Weimar (wie Anm. 39) S. 110 f.

59 Volkswacht v. 23.7.1928: (Zitate: „Hochburg“, „alleinseligmachenden“) u. Das Reichsbanner (Beilage „Franken-Oberbayern-Schwaben“ v. 22.7.1928: (Zitat: „Verhältnissen“); da zur Veranstaltung in Amberg Vertreter aus Schwandorf eingeladen wurden, existierte wohl eine Ortsgruppe in der Stadt.

Das Reichsbanner und die Parteien in der Oberpfalz

Hinsichtlich des Verhältnisses des Reichsbanners zu den Parteien in der Oberpfalz ist, abgesehen von der erwähnten BVP, festzuhalten: Es traten immer wieder (Links) Liberale auf (u.a. Weiden) und zum Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbund, zumindest aus dessen linken Kreisen, herrschte ein gutes Verhältnis, wie eine Stellungnahme von Konrad Kübler aus Landau a. d. Isar im Auftrag niederbayerischer Bauern im Jahre 1926 untermauert.⁶⁰ Kübler zufolge seien beim Umbruch 1918/19 vor allem die Bauern aus Niederbayern noch „unbedingt revolutionär“ gewesen. Demgegenüber leisteten in der Gegenwart die rechtsorientierten Landwirte der BVP „willenlos Gefolgschaft“. Die Zwangswirtschaft aus dem Ersten Weltkrieg und die Inflation haben die Agrarier staatspolitischen Fragen gegenüber gleichgültig gemacht, allerdings sah Kübler in der aktuellen Entwicklung wiederum eine erneute Wende.

Zu den Kommunisten bestanden klare Abgrenzungen und es gab keine Kooperation, das Reichsbanner positionierte sich demzufolge in der Oberpfalz uneingeschränkt gegen die KPD. Zwar wurde „angesichts der von rechts betriebenen Eskalation der Lage“⁶¹ der Gedanke einer linken Einheitsfront erwogen, was aber unrealistisch gewesen sei, da man im Reichsbanner die KPD ähnlich wie die NSDAP beurteilte und deren Abhängigkeit von Stalin registrierte. Zusammenstöße mit den Nationalsozialisten wie etwa im November 1931 in Amberg oder in Waldsassen⁶² kamen gelegentlich vor. Von großer Relevanz war der Saalschutz bei Versammlungen. Insgesamt erreichte das Ausmaß der Konfrontation nicht das Niveau wie in anderen Reichsteilen.

Zur Eisernen Front und den Wahlkämpfen 1932

Die innenpolitische Eskalation und die Wahlkämpfe, vor allem zur Reichstagswahl im Juli 1932, rückten in den Mittelpunkt der im Dezember 1931 auch als Antwort auf die Harzburger Front gegründeten Eisernen Front⁶³. Die Eiserne Front führte eine Vielzahl zum Teil großer Veranstaltungen bzw. Kundgebungen im Wahlkampf durch. Wir beschränken uns auf das Jahr 1932 und bringen nur eine Auswahl. Die Eiserne Front Groß Regensburg absolvierte Anfang Juli drei Kundgebungen in Regensburg und Reinhausen sowie in Amberg zum Thema des Abbaus des Wohlfahrtsstaates. Die Regensburger Sozialdemokraten Hans Semmler und Michael Burgau nahmen Stellung zu den einschneidenden sozialpolitischen Abbauplänen der neuen Reichsregierung Papen, die Anfang Juni 1932 auf die Entlassung Brüning folgte.⁶⁴ Die erste Notverordnung Papens sah massive Eingriffe in die Sozialversiche-

⁶⁰ Vgl. Das Reichsbanner v. 1.6.1926 (Zitat).

⁶¹ ELSBACH, Front (wie Anm. 13) S. 130.

⁶² Vgl. Das Reichsbanner v. 5.12.1931.

⁶³ Vgl. oben den Abschnitt zur Geschichte des Reichsbanners in der Weimarer Republik.

⁶⁴ Vgl. zum Folgenden als Hauptquelle zum Jahr 1932 die sozialdemokratische „Volkswacht“: Volkswacht v. 1.7.1932: Regensburg, Reinhausen, v. 2.7.1932: Amberg, v. 4.7.1932: Frauenkundgebung, v. 11.7.1932: Demonstrationzug; v. 6.7.1932: ländliche Gegenden; v. 9.7.1932 bzw. 10.7.1932: Weiden/Wiesau v. 12.7.1932; zu den sozialpolitischen Eingriffen Papens WINKLER, Katastrophe (wie Anm. 41) S. 626 f.

rung vor, hier die Arbeitslosenversicherung, bei der nach sechswöchigem Leistungsbezug bereits eine Bedürftigkeitsprüfung fällig wurde.

Am 7. Juli 1932 fand eine Frauenkundgebung in Regensburg statt und wenige Tage später kündigte die Eiserne Front Regensburg einen Demonstrationzug durch die Vororte Weichs, Reinhausen, Sallern, Steinweg und Stadtamhof an. Gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932⁶⁵ wurde die sozialdemokratische „Volkswacht“ vom 21. Juli bis 26. Juli verboten. Periodische Druckschriften durften verboten werden, allerdings war dieses bei Tageszeitungen auf höchstens vier Wochen beschränkt. Die Eiserne Front wagte des Weiteren in den ländlichen Gegenden Auftritte: In Tännesberg folgten am 4. Juli 200 Personen ihrem Aufruf zu einer Kundgebung mit einem Redner aus Weiden, lediglich ein Nationalsozialist habe eine Störung versucht. Über einen „wichtigen“ Demonstrationzug in Fuchsmühl im Bezirksamt Tirschenreuth wurde berichtet. Aufgrund der erwähnten reichsrechtlichen Notverordnungen und der landesrechtlichen Verordnungen entfielen die Verfassungsfeiern in der Oberpfalz in diesem Jahr weitgehend. Bei den drei zustande gekommenen Veranstaltungen in Regensburg, Amberg und Weiden übernahm die Eiserne Front die Durchführung.

Wir können hier nicht die zahlreichen kleineren Veranstaltungen anführen, jedenfalls war die Eiserne Front sehr aktiv in diesem Wahlkampf in der Oberpfalz zur Reichstagswahl im Juli 1932. Am 9. und 10. Juli folgten Versammlungen in Weiden und Wiesau, wobei die „Volkswacht“ hervorhob, „noch niemals hat Weiden eine solche Kundgebung gesehen“⁶⁶. Weitere Kundgebungen der SPD und der Eisernen Front erfolgten in Schwandorf, Tirschenreuth, Auerbach und Schnaittenbach. Mitte Juli organisierten die republikanischen Kräfte in Sulzbach-Rosenberg einen Aufmarsch mit 1.200 Teilnehmern. Am 16. Juli trat der bayerische SPD-Vorsitzende Erhard Auer in Regensburg vor tausenden Zuhörern auf. An der letzten Kundgebung der Eisernen Front an der Naabbrücke in Weiden nahmen 1.000 Personen teil. Die letzte sozialdemokratische Kundgebung in Regensburg im Neuhaussaal musste wegen Überfüllung gesperrt werden. Relativierend ist mit Blick auf die Zahlen der Zuhörer der zahlreichen Veranstaltungen anzumerken, dass Adolf Hitler im Oktober 1932 in Weiden rund 8.000 Leute noch zur späten Abendzeit anzog oder an einer NS-Kundgebung in Regensburg am 9. Juli 1932 5.000 bis 6.000 Personen teilnahmen.⁶⁷ Auch der kürzere Wahlkampf zur zweiten Reichstagswahl im November 1932 wurde von der Eisernen Front mit zahlreichen Veranstaltungen in der Oberpfalz bestritten, worauf wir aber nicht mehr eingehen.

Neben den Wahlkampfaktionen fanden sich in unseren Hauptquellen kaum Meldungen über spezifische Veranstaltungen des Reichsbanners 1932, obwohl „Das

65 Teilweiser Abdruck der „Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen v. 14. Juni 1932“ bei HUBER, Dokumente, 3 (wie Anm. 53) S. 492–496, Nr. 436 (maßgebend hier der § 6); zum Folgenden: Volkswacht v. 6.7.1932: Tännesberg u. Fuchsmühl.

66 Volkswacht v. 12.7.1932 u. v. 13.7.1932: Schwandorf, Tirschenreuth, Auerbach und Schnaittenbach, v. 17.7.1932 u. 20.7.1932: Aufmarsch in Sulzbach-Rosenberg, v. 29.7.1932: letzte Veranstaltung in Weiden; zu Auer: Volkswacht v. 15.7.1932 u. v. 16.7.1932 sowie zu Regensburg: Neuhaussaal v. 30.7.1932.

67 Vgl. Sebastian SCHOTT, Die Rede Adolf Hitlers in Weiden am 13. Oktober 1932, in: Oberpfälzer Heimat 61 (2017) S. 3–37 u. Erich ZWECK, Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Regensburg von 1922–1933, in: VHVO 124 (1984) S. 149–260, hier S. 237.

Abb. 3: Verbotsanzeige
der Wochenzeitung
„Das Reichbanner“ vom
20. September 1932



Reichsbanner“ noch im Januar 1932⁶⁸ die Schriftführer der Ortsvereine bat, mehr als bisher von ihren Veranstaltungen zu berichten und dadurch für eine inhaltsreiche Gaubeilage zu sorgen!

Fazit

Unsere Eingangsfrage nach der Präsenz des Reichsbanners in der Oberpfalz können wir mit dem ersten Überblick positiv beantworten. Ähnlich der Sozialdemokratie befand sich das republikanische Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zwar in einer strukturell schwierigen Lage, denn die ostbayerische Region war politisch weitgehend katholisch-konservativ dominiert und verfügte nur punktuell über eine relevante Arbeiterschaft. Dennoch lässt sich eine nicht unerhebliche Ausbreitung des repu-

68 Das Reichsbanner v. 9.1.1932.

blikanischen Wehrverbandes feststellen, die vor allem mit der Präsenz der organisierten Arbeiterschaft übereinstimmt. Geographisch überwog nach unseren vorläufigen Ergebnissen die nördliche Oberpfalz bei den Ortsgruppen. In den fünf größten Städten Regensburg, Amberg, Weiden, Schwandorf und Neumarkt war wohl bis auf Schwandorf das Reichsbanner durchgehend vorhanden. Jedoch fehlten einige (Arbeiter)Orte bzw. es kam erst Jahre später eine Gründung des Wehrverbandes zustande: Auerbach (?) Burglengenfeld, Wackersdorf, Keilberg, Regenstauf seien hier genannt. Inwieweit die Stärke einer eher linken Arbeiterschaft bzw. eine relativ gute Präsenz der KPD für diese Zurückhaltung verantwortlich war, bleibt offen. Bekanntlich bezog das Reichsbanner eine klar antikommunistische Position und die KPD bekämpfte die bestehende republikanische Ordnung von Weimar.

Die Aktivitäten des Reichsbanners umfassten neben den Verfassungsfeiern Bannerweihen, Kundgebungen, Konferenzen, Treffen usw. Diese Veranstaltungen zeichneten sich bei den zahlreichen Reden und den zeremoniellen Bestandteilen durch viel Pathos aus. Emotionale und visuelle Aspekte sowie Musik wurden integriert, um den Menschen die neue republikanische Ordnung nahezubringen. Es „sollte durch emotional ansprechende Veranstaltungen und Symboliken ein demokratischer Gemeinschaftsgeist gefördert werden“⁶⁹.

Die Resonanz des Reichsbanners in Ostbayern ist schwieriger zu erfassen, da objektive Quellen zu den Besucherzahlen fehlen. Schenken wir dem „Reichsbanner“ ein gewisses Maß an Vertrauen, so waren einige Veranstaltungen von mehreren tausend Teilnehmern besucht worden, was als ein Erfolg verbucht werden kann. Unter den Parteien traten die Sozialdemokraten uneingeschränkt als die „engagiertesten Verteidiger der Republik“⁷⁰ und der Weimarer Verfassungsordnung auf. Die „Weimarer Republik war die größte Errungenschaft der Arbeiterbewegung“ und die „Erfüllung traditioneller sozialdemokratischer Forderungen“. Insofern war Weimar „*ihr* politisches Projekt, *ihr* Staat“. Sie stellten wohl auch in der Oberpfalz den Hauptanteil der Mitgliedschaft im Reichsbanner, wenngleich entsprechende Untersuchungen noch fehlen. Dennoch tauchten bei Veranstaltungen des republikanischen Wehrverbandes immer wieder Vertreter anderer politischer Provenienz auf wie insbesondere der linksliberale Oberbürgermeister Luppe aus Nürnberg oder der Liberale Karl Staudinger aus Regensburg sowie Vertreter vom linken Flügel des Bauernbundes. Diese Feststellung relativiert die Vorstellung einer klaren Dominanz der sozialdemokratischen Arbeiterschaft im Gau Oberpfalz.

Bei den Gegnern des Reichsbanners ist an erster Stelle die konservativ-katholische Bayerische Volkspartei mit ihrem publizistischen Sprachrohr, dem „Regensburger Anzeiger“, zu nennen. Die BVP lehnte die Revolution und die daraus entstandene republikanische Staatsform der Weimarer Republik in den ersten Nachkriegsjahren vehement ab und positionierte sich in dieser Phase deutlich auf der rechten Seite des Parteiensystems. Das unerbittliche Vorgehen der Behörden gegen das Reichsbanner ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Dass eine derart konfrontative Politik nach 1930 kaum zur Stärkung der Abwehrfront gegen einen wachsenden Nationalsozia-

69 ELSBACH, Front (wie Anm. 13) S. 137.

70 Joachim C. HÄBERLEIN, Sozialdemokraten und Kommunisten in der Weimarer Republik: Eine gesplattene Arbeiterbewegung, in: Nadine ROSSOL – Benjamin ZIEMANN (Hg.), Aufbruch und Abgründe. Das Handbuch der Weimarer Republik, Darmstadt 2021, S. 390–416, hier S. 390 (Zitate, „ihr“ jeweils kursiv in der Vorlage).

lismus beitrug, liegt auf der Hand, ohne hier die alleinige Ursache des in der Oberpfalz im Übrigen verzögerten NS-Aufstiegs zu verorten.

Zwar erreichte das Reichsbanner als Organisation eine beachtenswerte Größe, aber es blieb letztendlich passiv nach 1930. Mit Sebastian Elsbach ist festzuhalten, eine „offensive Gewaltstrategie hätte nicht nur dem Selbstverständnis der Aktivisten als Stützen des staatlichen Gewaltmonopols widersprochen, es wäre auch militärisch gesehen aussichtslos gewesen“⁷¹, denn das Reichsbanner war „keine eigenständige Privarmee“. Rufen wir kurz die Feste, Verfassungsfeiern usw. in Erinnerung, so handelte es sich – ungeachtet der manchmal geradezu martialischen Sprache – vielfach um „zivile“ Angebote wie Fackelzüge, Volksfeste, Tanz- und Musikdarbietungen. Man könnte vereinfacht formuliert von festlichen Angeboten für die ganze Familie sprechen. Ebenso erscheint der Ruf nach einer Einheitsfront der Linken angesichts der zum Teil feindseligen wechselseitigen Ablehnung als utopisch. Gegenüber den wesentlich zahlreicheren Nationalsozialisten trat der republikanische Verband vor allem mit seinem Saalschutz auf. Insgesamt verharrte das Ausmaß der Gewalt in der Eskalationsphase im Sommer 1932 in Ostbayern auf einem im Vergleich zu anderen Reichsregionen wesentlich niedrigeren Niveau. Auf spezifische lokale Widerstände traf das Reichsbanner insbesondere in den Städten Neumarkt und Amberg. Die im Dezember 1931 gegründete Eiserne Front übernahm 1932 viele Aufgaben bei den mehrmaligen Wahlkämpfen.

Greifen wir abschließend das Postulat einer offenen Geschichte Weimars auf, so bleibt mit Sebastian Elsbach ein eher pessimistischer Eindruck, denn es hätte Alternativen gegeben, „wenn nicht allein die republikanischen Aktivisten, sondern auch die etablierten Parteien und die Staatsorgane sich zu einer entschlossenen Bekämpfung des Rechtsterrorismus entschieden hätten“. Das Reichsbanner trat dem Nationalsozialismus „entschlossen entgegen“, verlor aber letztendlich den Machtkampf. Diese Niederlage „wurde nicht durch die oft behauptete Schwäche der Demokraten herbeigeführt, sondern durch den antirepublikanischen Entschluss Hindenburgs und seines Umfeldes“. Das Dilemma der Demokraten bestand darin, wie sie den demokratisch verfassten Staat verteidigen sollten, „wenn die obersten Träger eben dieses Staates nicht endlich selbst aktiv wurden?“ Zwar müssen ergänzend die nicht wegzudiskutierenden NS-Wahlerfolge im Kontext der nationalsozialistischen Machtübernahme bedacht werden, dennoch liegt die Verantwortung für den Zusammenbruch der ersten deutschen Demokratie „nicht bei denen, die diese Republik unterstützt und verteidigt haben“.

71 ELSBACH, Front (wie Anm. 13) S. 127 und ebd. („Privarmee“); die folgenden Zitate: ebd., S. 146 („Rechtsterrorismus“), S. 131 („entschlossen“, „Schwäche“), S. 49 („Träger“) und ROSSOL, Republikanische (wie Anm. 2) S. 333 („unterstützt“).

aus

Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg

Band 165 (2025)

